

# Alles, was (Menschen-)Recht ist?

Menschenrechtsberichterstattung  
in der deutschen Mediengesellschaft



**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

  
**REPORTER  
OHNE GRENZEN**

  
**FORUM  
MENSCHENRECHTE**

Reporter ohne Grenzen ist eine gemeinnützige internationale Menschenrechtsorganisation. Sie verteidigt das Recht, zu informieren und informiert zu werden. Sie unterstützt zensierte Medien, setzt sich für verfolgte Journalistinnen und Journalisten ein. Sie interveniert bei Regierungen, informiert die Weltöffentlichkeit über Verletzungen der Pressefreiheit. Dazu publiziert sie Länderberichte, außerdem zum 3. Mai, dem „Internationalen Tag der Pressefreiheit“, einen Jahresbericht zur Lage der Pressefreiheit in der Welt sowie einen Fotoband in der Reihe „100 Fotos für die Pressefreiheit“.

Die internationale Organisation (Reporters sans frontières) hat Beraterstatus beim Europarat, bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, zudem Beobachterstatus bei der Afrikanischen Kommission für die Rechte der Menschen und Völker. Sie zählt rund 1.500 Mitglieder in rund 60 Staaten; Sektionen gibt es in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden, der Schweiz, Spanien, Großbritannien und Österreich, zudem Büros in Abidjan, Bangkok, Buenos Aires, Montreal, Tokio und Washington. Die deutsche Sektion hat rund 400 Mitglieder. Sie finanziert sich aus Spenden und Beiträgen.



## Alles, was (Menschen-)Recht ist?

Menschenrechtsberichterstattung  
in der deutschen Mediengesellschaft

Dokumentation eines Fachgesprächs  
am 19. September 2001 in Berlin

A 02 - 01391

Eine Veranstaltung der  
Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation  
mit Reporter ohne Grenzen  
und dem Forum Menschenrechte



## Vorwort

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und umfassende Information ist integraler Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Der rechtlich festgeschriebene und vor allem der tatsächlich nutzbare Spielraum von journalistischer Arbeit lässt insofern Rückschlüsse auf den Stand der demokratischen Tradition einer Gesellschaft zu. Insbesondere die kritische Berichterstattung über politische Institutionen, weltliche und religiöse Autoritäten oder aber Menschenrechtsverletzungen allgemein ist dabei ein aussagestärker Indikator: „Keine Freiheit ohne Pressefreiheit“, unter diesem Leitsatz weisen Institutionen wie Reporter ohne Grenzen seit vielen Jahren auf die Schlüsselrolle freier Berichterstattung und Meinungsbildung in diesem Zusammenhang hin.

Das gesellschaftliche Bewusstsein für die Problematik von Menschenrechtsverletzungen weltweit hat hierzulande in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Dennoch haben Menschenrechtsthemen als solche im deutschen „Markt der Meinungen“ nach wie vor wenig Profil: Abgesehen von zum Teil sehr spezialisierten Interessengruppen spielt der Blickwinkel der universellen Menschenrechte eine untergeordnete Rolle. Dazu trägt sicher auch gelegentlich die „Schere im Kopf“ bei: im medialen Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichem Auftrag und Auftrag der Gesellschafter werden diesen vermeintlich „weichen“ Themen häufig nur geringe Absatzmöglichkeiten eingeräumt. Als vereinzelte Momentaufnahmen bleiben auch herausragende Beiträge und Analysen deshalb unverbunden nebeneinander stehen und führen den Leser eher in die „Betroffenheitsfalle“ anstatt zur politischen Einflussnahme.

ISBN 3-89892-065-8

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit  
Referat Entwicklungspolitik  
Godesberger Allee 149  
53170 Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung  
Reporter ohne Grenzen

*Redaktion:* Jochen Siemer (Reporter ohne Grenzen)  
*Koordination:* Peter Schläffer (Friedrich-Ebert-Stiftung)

*Fotos:* Titelfoto dpa, Innenteil J. Schicke  
*Gestaltung:* Pellens Kommunikationsdesign GmbH  
*Druck:* Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath

März 2002

Problematisch erscheint auch, dass die Grenzen zwischen klar definierten juristischen und technischen Termini einerseits und einem umgangssprachlich-moralischen und emotional besetzten Konzept der Menschenrechte nicht selten verwischt sind. Wie kann Berichterstattung über einzelne Menschenrechtsverletzungen vor diesem Hintergrund dem Anliegen universeller Menschenrechte insgesamt stärker Rechnung tragen? Wie können bestehende Expertise und Erfahrungswerte der deutschen Menschenrechtsarbeit für Journalisten, aber auch eine breitere Öffentlichkeit, interessanter und besser zugänglich gemacht werden? Welche Strategien der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf einzelne Themen spezialisierter Nichtregierungsorganisationen (NRO) oder allgemeiner Menschenrechtsarbeit erscheinen im Sinne mittelfristiger politischer Einflussnahmen strategisch sinnvoll?

Gemeinsam mit Vertretern unterschiedlicher Institutionen aus dem Forum Menschenrechte sowie interessierten Journalistinnen und Journalisten wurden im Rahmen des Fachgesprächs „Alles, was (Menschen-)Recht ist? Herausforderungen und Chancen der Menschenrechtsberichterstattung in der heutigen Mediengesellschaft“ diskutiert. Unser Dank gilt dem anwesenden Fachpublikum, das die Diskussion engagiert vorangebracht hat, und unserem Kollegen Peter Schlaf-fer, der die Umsetzung der verschiedenen Vorschläge im Rahmen des Forum Menschenrechte weiter verfolgen wird.

*Elisabeth Schumann-Braune*  
Friedrich-Ebert-Stiftung

*Barbara Petersen*  
Reporter ohne Grenzen

## Inhalt

Einleitung	7
1. Was ist „Menschenrechtsberichterstattung“? Versuche zur Eingrenzung eines scheinbar klaren Begriffs	11
2. Menschenrechtsorganisationen – Medien – Politik: ein Wechselspiel	27
3. Der 11. September 2001 und die – möglichen – Folgen	41
4. Grundwerte unter Quotendruck Das Thema Menschenrechte auf dem Medienmarkt	45
5. Was wird getan, was kann man tun? Ideen und Vorschläge für mehr und bessere Medienpräsenz von Menschenrechts-Themen	55
Die Teilnehmer	63

## Einleitung

### **Menschenrechte haben wenig „News-Wert“**

*Dr. Michael Rediske, Vorstandssprecher von Reporter ohne Grenzen, moderierte die Diskussion und fasste die wichtigsten Fragestellungen zusammen.*

Michel Friedmann hat kürzlich auf einem Mediensymposium des Deutschen Journalistenverbandes in seinem Vortrag gesagt, wir sollten den Extremfall nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nutzen, um über den Normalfall nachzudenken. Ich glaube, das gilt auch für unser heutiges Fachgespräch: Wir wollen unser Thema, die Berichterstattung über die Situation der Menschenrechte, tatsächlich behandeln und nicht über den möglicherweise kommenden Krieg reden; aber das eine hat mit dem anderen zu tun. Die Eingangsstatements unser Podiumsteilnehmer werden das zeigen. Der Extremfall gibt Aufschluss darüber, wie wir mit dem Normalfall umgehen.

Ich kann weiter an Michel Friedmann anschließen, der in seinem Vortrag gefragt hat, ob wir eigentlich von Bosnien und Mazedonien nicht haben Kenntnis nehmen wollen, wenn jetzt die Medien plötzlich vom ganz Neuen, von der Zeitenwende sprechen und davon, dass nichts mehr so sein wird, wie es war. Manches gab es tatsächlich – auch abgesehen von dieser Art von Anschlägen – noch nie: Noch nie hat der US-Kongress dem Präsidenten 40 Milliarden Dollar für die Schadensbeseitigung und zur Bekämpfung des Terrorismus bewilligt. Noch nie hat der deutsche Finanzminister, wie heute Nachmittag geschehen, 3 Milliarden Mark zusätzlich für die innere Sicherheit locker gemacht.

Menschenrechts- und Hilfsorganisationen beklagen dagegen, dass selbst Hunderttausende von Mark, geschweige denn Millionen oder Milliarden an staatlichen Zuwendungen für Menschenrechtsanliegen oder Programme zur präventiven Konfliktbearbeitung immer schwieriger zu bekommen sind. Der Bundesetat der Entwicklungszusammenarbeit geht zurück.

In den Tagen nach den Anschlägen hat der Begriff der Menschenrechte in den Medien, soweit ich das überblicken kann, keine sehr große Rolle gespielt. Wir alle waren gebannt von den Bildern aus New York. Trauer und Solidarität mit den Opfern bestimmten die Leitsätze in den Nachrichtensendungen oder auf den Titelseiten. Sicher, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit vor terroristischen Angriffen ist zweifelsohne auch ein Menschenrecht. Andererseits scheint mir, es würde den Begriff der Menschenrechte eher verwässern, wenn man ihn in dieser Situation sehr unspezifisch anwenden würde. Das Reden über Menschenrechte müsste in dieser Situation meines Erachtens auch auf die hinter den Ereignissen liegenden globalen Entwicklungen und Konflikte verweisen, nicht zuletzt den Nahostkonflikt, von dessen Lösung in diesen Tagen immer weniger die Rede ist. Gerade noch redet man über Waffenstillstand und ein mögliches Treffen der Konfliktparteien. Die Frage der ökonomischen und politischen Ursachen des islamistischen Extremismus taucht bisher eher am Rande auf.

Menschenrechte insgesamt haben gewöhnlich wenig News-Wert. NROs und Lobbygruppen erreichen in erster Linie eine bestimmte Klientel mit ihrer Information. Ihre Öffentlichkeitsarbeit stößt immer wieder auf die Grenzen des Medienmarktes, auf dem Informationen rund um dieses Thema keine großen Chancen bei Zeitungskäufern und Fernsehzuschauern eingeräumt werden. Sicher wird diese Grenze immer wieder durchbrochen. Es gibt, auch in den großen, populären Medi-



(v.l.)  
Rudolf Bindig MdB  
Dr. Michael Rediske

en, herausragende Beiträge, in denen Menschenrechtsanliegen eindrücklich dargestellt werden – sei es die Frage der Todesstrafe, sei es Hunger, sei es geschlechtsspezifische Verfolgung. Berichterstattung also gegen den Strich des großen Nachrichtenflusses. Doch diejenigen, die sich vor Ort als Korrespondenten, als engagierte Redakteure in den Zeitungen und Sendeanstalten oder auch bei der Öffentlichkeitsarbeit der NROs abmühen, müssen meist konstatieren, dass diese Berichte isoliert bleiben, dass sie Inseln bilden und so vielleicht auch eher in die Betroffenheitsfalle führen, als politisches Engagement und Intervention zu fördern.

Wir wollen uns deshalb in diesem Kreis fragen: Wie kann in dieser Situation, auch unter dem Eindruck der letzten Tage, die Berichterstattung über einzelne Menschenrechtsverletzungen dem Anliegen universeller Menschenrechte insgesamt stärker Rechnung tragen? Wie können die vorhandenen Erfahrungen der Menschenrechtsarbeit in Deutschland besser nutzbar gemacht werden? Welche Strategien werden von NROs

angewandt oder zumindest schon diskutiert, um strategisch und auch über den Moment hinaus politisch Einfluss zu nehmen? Welche nachahmenswerten Beispiele gibt es in der Zusammenarbeit von NROs und einzelnen Redaktionen oder Sendeanstalten?

Andererseits wird sowohl die Podiumsteilnehmer als auch das – ebenfalls sehr fachkundige – Publikum realistischerweise interessieren, wo tatsächlich Schranken sind, die Menschenrechtsorganisationen an inhärente Grenzen des Medienbetriebs stoßen lassen; Grenzen, die auch mit kognitiven und psychologischen Bedürfnissen von Lesern und Zuschauern zu tun haben. Müssen vielleicht NROs akzeptieren, dass sie auf das Besetzen von Nischen angewiesen bleiben? Oder ist in den Zeiten von Globalisierung und Globalisierungskritik – einschließlich auch der Globalisierung des Terrorismus – eine neue Offensive zur Aufklärung der Öffentlichkeit gefragt?

#### **Aktueller Bezug**

*Das Fachgespräch stand wegen der zeitlichen Nähe zum 11. September stark unter dem Eindruck der Terrorangriffe auf New York und Washington. Gleichzeitig waren viele der inzwischen eingetretenen Ereignisse den Teilnehmern der Diskussion naturgemäß noch nicht bekannt.*

## **1. Was ist „Menschenrechtsberichterstattung“?**

Versuche zur Eingrenzung eines scheinbar klaren Begriffs

*Es gibt Wirtschaftsjournalisten, Auslandskorrespondenten, Feuilletonredakteure mit mehr oder minder klar umrissenen Kompetenzen. Was aber ist eigentlich „Menschenrechtsberichterstattung“? Obwohl auf dem Podium und bei den Besuchern des Fachgesprächs reichlich Sachverstand zum Thema Menschenrechte wie auch zu allen Bereichen des Journalismus versammelt war, zeigte die Diskussion, dass keine kurz gefasste, allgemein gültige Definition für den Begriff existiert. Dem entsprechend entspann sich eine oft kontroverse Debatte um Möglichkeiten und Grenzen, Verdienste und Defizite insbesondere der Medien, aber auch der Menschenrechtsorganisationen bei der Vermittlung ihres Anliegens.*

„Menschenrechtsberichterstattung systematisch findet nicht statt. Schlicht und ergreifend.“ Auch wenn Markus Engels seine Aussage bewusst provozierend in den Raum stellte, fand er keinen nennenswerten Widerspruch. Alle Podiumsteilnehmer und auch viele Gäste des Fachgesprächs beklagten Defizite insbesondere bei der Information über und der Bewertung von Hintergründen zum Thema.

Engels selbst nannte Beispiele: Anfang September 2001 veröffentlichte die UNO „Concluding Observations“ zur Lage der sozialen Menschenrechte in Deutschland. Das Thema sei in den Medien praktisch nicht behandelt worden. „Ich wage die These“, so Engels, „das hat niemand von Ihnen gehört, es sei denn, Sie sind NRO-Vertreter und beschäftigen sich damit“.

*„Menschenrechtsberichterstattung systematisch findet nicht statt. Schlicht und ergreifend.“*

Markus Engels

Ähnlich sei das Medienecho auf die Europäische Grundrechte-Charta gewesen, an der Engels selbst mitarbeitete. Die EU habe hier unter der Leitung von Ex-Bundespräsident Roman Herzog versucht, das modernste Menschenrechtsdokument, das es gibt, zu erarbeiten. Man könne darüber streiten, ob es gelungen ist oder nicht, doch die Berichterstattung sei in keinem Fall der Bedeutung angemessen gewesen: „Es gibt dann immer so Defätisten. Da muss ich leider die ‚taz‘ einmal nennen, die schon vor Beginn der Arbeit gesagt hat: Das bringt alles nichts, das ist doch Quatsch, das wird nur Formelkompromisse bringen. Der ‚Spiegel‘ hat dann noch einen draufgesetzt und gesagt: Alles Quatsch und im Grunde gefährlich. Und das zu einem Zeitpunkt – deshalb ist mir das so wichtig –, wo Hunderte von NROs, Hunderte von Wissenschaftlern angefangen haben, an diesem Projekt zu arbeiten; als es so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft zum ersten Mal gab. Und da wurde dann drauf geprügelt.“

Als drittes Beispiel führte Engels „die Frage der so genannten Globalisierungsgegner“ an, die sehr berechtigte Fragen stellten und zum Beispiel endlich die Dritte-Welt-Problematik wieder nach oben bringen. Diese Themen fänden nicht statt, „es sei denn, Genua brennt“.

Systematisches Interesse an ihrer Arbeit vermisst auch *Barbara Lochbihler*. Amnesty international werde „als eine Art Nachrichtenagentur zum Thema Menschenrechte angesehen“ und sei im Vergleich zu anderen NROs aufgrund seiner Größe sowie der Anbindung an die internationale Organisation für diese Aufgabe auch „verhältnismäßig gut ausgerüstet“. Die Resonanz auf ai-Presserklärungen sei gut, „insbesondere bei Printmedien und auch beim Radio“. Viel zu gering sei die Nachfrage durch das Fernsehen, was auch „selbstkri-

*Der Mechanismus, Menschenrechtsprobleme aufzunehmen und sie bis zu uns zu transportieren; der Mechanismus der Informationssammler funktioniert.*

Rudolf Bindig

tisch“ festgestellt werden müsse: In der ai-Pressestelle sei niemand für den Umgang mit dem Medium Fernsehen ausgebildet, man habe – „was an unserem Thema liegt“ – nur sehr wenig Bildmaterial anzubieten. Trotz der relativ großen Beachtung zumindest durch Zeitungen und Radio wünsche man sich aber, dass Journalisten „nicht einfach unsere Meldungen reproduzieren“, sondern mehr Interesse „auch für Hintergrundartikel“, für „Menschenrechtsarbeit an sich“ aufbringen.

Mangelndes Interesse für und Wissen um Hintergründe nannte auch *Rudolf Bindig* als Schwachstelle. Allerdings glaube er schon „dass es eine Verbesserung und Ausweitung der Berichterstattung gegeben hat.“ Er habe zur Vorbereitung des Fachgesprächs einmal beobachtet, „wie viel Nachrichten eigentlich auf dem Markt sind zu dem Bereich Menschenrechte“ und dies zu anderen Politikbereichen wie Bildung, Gesundheit oder Finanzen in Beziehung gesetzt: „Ich muss sagen, dass rein quantitativ die Menschenrechte stark vertreten sind. An einem Tag, den ich wahllos rausgegriffen habe, dem 23. Au-

Dr. Michael Rediske  
Barbara Lochbihler



gust, waren es 26 Meldungen über Rassismus, über Malaysia, über China, die Türkei, über Menschenrechte in Brasilien, über die Niederlande, den Prozess Milosevic – es gibt eine ganze Reihe“. Man könne also sagen, „der Mechanismus, Menschenrechtsprobleme aufzunehmen und sie zu transportieren, bis zu uns hier; der Mechanismus der Informationssammler funktioniert“.

Dabei falle allerdings immer wieder auf, „dass die Medien wenig Vorstellungen haben, wie auch politisch oder strategisch auf Menschenrechtsverletzungen reagiert werden kann“. Konkret fehle es an „Institutionenkenntnis“: Ihm selbst sei es in Interviews oft passiert, dass Journalisten etwa Europäische Union, Europäisches Parlament und Europarat durcheinander brächten.

*Ein Wirtschaftsjournalist würde sich nicht erlauben, zum Beispiel das Bruttonationalprodukt mit dem Bruttosozialprodukt zu verwechseln. Auf der Menschenrechtsebene darf so etwas durchaus sein.*

Klaus Werner,  
Autor des Schwarzbuchs  
Markenfirmen

In mangelnder Sachkenntnis sieht auch *Klaus Werner*, Autor des „Schwarzbuch Markenfirmen“, einen Grund für die oft wenig fundierte Berichterstattung zum Thema: „Ein Journalist, der über Menschenrechte schreibt, glaubt, es reicht gut zu denken und gut zu sein, um darüber schreiben zu dürfen. Ein Wirtschaftsjournalist würde sich nicht erlauben, zum Beispiel das Bruttonationalprodukt mit dem Bruttosozialprodukt zu verwechseln. Auf der Menschenrechtsebene darf so etwas durchaus sein. Es wird eigentlich allgemein davon ausgegangen, dass jeder von uns ausreichend kompetent ist für das Thema Menschenrechte.“

Qualifizierte Berichterstattung und die Berücksichtigung des Themas bereits in der Ausbildung von Journalisten forderte auch *Arnd Henze*. Über allem müsse aber – wie für Politiker und NROs, so auch für Journalisten – die Maxime stehen: Raus aus der Nische! Menschenrechtsberichterstattung dürfe kein Thema für Spezialisten sein. Jeder Tagesschau-Bericht, jede Reportage müsse von den zuständigen Redak-

teuren immer auch im Zusammenhang mit Menschenrechts-Fragen behandelt werden. Auch wenn er die Arbeit mancher Kollegen sehr schätze, wolle er kein „Spezialistentum“ in dieser Frage. Menschenrechte dürften nicht zu Journalisten einer bestimmten Generation oder bestimmter politischer Prägung delegiert werden, weil dann die Gefahr bestünde, dass andere die entsprechenden Fragestellungen gar nicht mehr verfolgen. Beim WDR gebe es zum Beispiel einen Spezialisten für das Thema Rechts-extremismus – „mit dem Ergebnis, dass kein anderer sich mehr darum kümmert“.

Die Vermittlung des Themas könne – gerade im Fernsehen – auf sehr unterschiedliche Weise erfolgen. So sei kürzlich ein Beitrag der ARD-Korrespondentin in Nairobi, Sabine Bohland, über ehemalige Kindersoldaten in Sierra Leone im „Weltspiegel“ gesendet worden. Eine 30-Minuten-Fassung des Films sei in Vorbereitung. Obwohl keine drastischen Schilderungen von Gewalt, keine Waffen, keine Verletzungen gezeigt würden, sei die Schilderung sehr unmittelbar und „sinnlich“ auf eine Weise, wie sie so nur das Fernsehen leisten könne, weil „bei allem, was die Kinder erzählen, ich als Zuschauer in das Gesicht gucken kann“.

Ein anderes Beispiel dafür, wie vom „Mikrokosmos“ eines konkreten, eng umrissenen Falles ausgehend gezeigt werden könne, „was tatsächlich Menschenrechtsarbeit und Menschenrechtsverletzungen bedeuten“, sei die Reportage über eine mit massiven Drohungen konfrontierte russische Journalistin. Barbara Lochbihler ergänzt hierzu, dass Amnesty international den Fall im September 2001 als Schwerpunktthema seiner Kampagnen in den Printmedien gewählt hat. Selbstverständlich, so *Arnd Henze*, könne der WDR eine Kopie des Films für die Arbeit von ai zur Verfügung stellen.

*Wir haben einen Kollegen, der sich mit Rechtsextremismus beschäftigt. Das ist der Experte für Rechts-extremismus im WDR – mit dem Ergebnis, dass kein anderer sich mehr darum kümmert. Genau das will ich nicht.*

Arnd Henze

Barbara Petersen  
(Reporter  
ohne Grenzen)



Die Aufzählung solcher Beiträge mit Menschenrechts-Themen ließe sich fortführen, und deshalb bestreite er „wirklich auch mit vollem Herzen“, dass diese Thematik nur, wie von *Michael Rediske* konstatiert, in „Inseln“ der täglichen Berichterstattung bedacht werde. Als Beleg gegen diese Behauptung könne zum Beispiel die Behandlung des Tschetschenien-Krieges durch das ARD-Studio Moskau gelten. Von Anfang an sei der Konflikt „aus einer menschenrechtlichen Position“ verfolgt worden. Es sei weder von den „guten Tschetschenen“ gegen die bösen Russen noch umgekehrt die Rede gewesen, und die Verantwortlichen in Deutschland – sowohl Außenminister Klaus Kinkel als auch sein Nachfolger Joschka Fischer seien „massiv“ kritisiert worden wegen „zu schnellen Anbiederungen gegenüber der russischen Regierung“.

Die Wahrnehmung vieler Menschenrechts-Aktivistin, dass die Berichterstattung nur in Inseln oder Nischen vorkomme, nannte *Arnd Henze* dennoch verständlich. Es gebe zwar seiner Überzeugung nach kaum ein Thema in diesem Bereich, über das nicht berichtet werde, doch in einer stark fragmen-

tierten Medienlandschaft bestimme eben nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, ein bestimmtes Programm – selbst ein so etabliertes Format wie der „Weltspiegel“ – die Gespräche des folgenden Tages. Vieles werde schlicht nicht mehr wahrgenommen. Zudem sei die Umsetzung bestimmter Themen für das Fernsehen in der Tat nicht einfach: Fernsehen sei „ein sinnliches Medium“, angewiesen auf „die Ansprache von Bild und Ton und das, was es auch an Fantasien im Bereich anderer Sinneswahrnehmungen freisetzt“. Deshalb habe es zum Beispiel Amnesty international schwer mit diesem Medium, weil die Organisation „das Unsinnliche im Grunde auch kultiviert und zum Programm macht“. Die Art, in der ai seine Kampagnen startet, kultiviere ein fast schon elitäres Bildungsbürgerideal und sei „gerade nicht darauf ausgerichtet zu sagen: Wie bringe ich möglichst viele Leute mit ihrem ganzen Temperament, mit ihrer Kreativität und ihrer Sinnlichkeit dazu, sich einzuklinken?“. Die Pressekonferenz zum Jahresbericht von Amnesty international sei selbst für interessierte Kollegen „eine Pflichtübung. Amnesty hat einfach ein solches Renommee, dass wir an dem Termin gar nicht vorbeikommen und auch nicht vorbeikommen wollen. Aber es ist ein Termin, der tatsächlich auch von menschenrechtsengagierten Journalisten mit spitzen Fingern angepackt wird wie der jährliche Termin: ‚Der Winterschlussverkauf ist eröffnet‘. Und das kommt daher, dass es ‚the same procedure as last year‘ ist. Die Kampagne für Frauenrechte ist in den Aktionsformen identisch mit der Kampagne gegen extralegale Hinrichtungen, wie auch immer“.

*Barbara Petersen*, Geschäftsführerin der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen, beschrieb ein ähnliches Problem. Die Berichterstattung müsse im Prinzip durchaus „sinnlich“ funktionieren, denn schließlich seien Menschenrechtsverletzungen genau dies: „sinnlich erlebbar und erfahrbar“ und

**Die Pressekonferenz zum Jahresbericht von Amnesty international wird mit spitzen Fingern angefasst wie der jährliche Termin: ‚Der Winterschlussverkauf ist eröffnet‘.**

Arnd Henze

*Wie können eigentlich Nicht-regierungsorganisationen ihre vielen, oft staubtroffenen Themen so verpacken, dass die Differenzierung nicht flöten geht und man einen Ausdruck schafft, der auch zur besten Sendezeit möglich wäre?*

Barbara Petersen,  
Geschäftsführerin von  
Reporter ohne Grenzen

„immer etwas, das unter die Haut geht“. Doch „mit solch staubtroffenen Dingen wie einem Bericht, der im Grunde genommen ein Nachschlagewerk ist“, könne man natürlich so nicht verfahren. Dennoch müssten sich NROs und andere, die Menschenrechtsthemen an die Öffentlichkeit bringen wollen, immer wieder fragen, wie sie ihre Informationen so vermitteln könnten, „dass zum einen die Differenzierung nicht flöten geht und man zum anderen einen Ausdruck schafft, der auch zur besten Sendezeit möglich wäre“. Diese Frage werde zum Beispiel im Forum Menschenrechte immer wieder diskutiert.

Barbara Lochbihler stimmte zwar zu, dass Amnesty international sich, wie jede Organisation, den wechselnden Anforderungen entsprechend weiter entwickeln müsse – auch in Bezug auf die Darstellung nach außen. Doch in einer „Nische“ befinde man sich definitiv nicht, sondern decke mit der Arbeit ein breites Spektrum ab. Anders als kleine, professionell arbeitende Gruppen wie zum Beispiel Human Rights Watch sei sie aber eine „Mitgliedschaftsorganisation mit demokratischen Strukturen“, die ihre Politik entwickeln müsse. Das brauche Zeit, und deshalb könne man nicht mit jeder neuen Entscheidung sofort an die Presse gehen und nicht zu jedem neuen Thema ein schnelles Statement abgeben.

Andreas Zumach, der unter anderem seit nunmehr 13 Jahren die Arbeit am Sitz des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Genf beobachtet, zieht einen ähnlichen Schluss wie Rudolf Bindig: „Umfang und zum Teil auch Qualität“ der Berichterstattung hätten zugenommen. Bis Ende der Achtzigerjahre seien die Menschenrechte „fast überhaupt kein Thema“ gewesen und, wenn überhaupt, „immer nur verrechnet unter den Kalkülen des ideologischen und politischen Ost-West-konflikts“.



Andreas Zumach

Ab 1992 bis gegen Ende der 90er Jahre habe die Beachtung deutlich zugenommen. Dafür seien zum einen Ereignisse wie die Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 mit immerhin 173 Teilnehmerstaaten oder die Feiern zum 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung über die Menschenrechte 1998 ursächlich, weil sie die verschiedenen Menschenrechtskonventionen ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gebracht hätten – wie auch die Tatsache, dass diese Übereinkünfte überall und ungeteilt Gültigkeit haben müssen. Zum anderen spiele aber auch die Arbeit der NROs, deren Einfluss in dieser Zeit erheblich zugenommen habe, eine große Rolle. Sie hätten „eine wichtige Schneise geschlagen“. Viele Erfolge, wie die Schaffung des Amtes einer Hochkommissarin für Menschenrechte oder einer speziellen Sonderbeauftragten für die Verletzung von Frauenrechten wären „ohne die Arbeit von Amnesty, Human Rights Watch und vielen, vielen anderen“ nicht vorstellbar gewesen: „Und das hat natürlich dann auch zum Teil das Echo in den Medien verstärkt und verbessert.“

Außerdem, so Andreas Zumach weiter, hätten die Kriege und schweren Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien, „also mitten bei uns in Europa“ für zusätzliche Aufmerksamkeit gesorgt, die „wir sonst wahrscheinlich so nicht bekommen hätten“. Seit 1998 aber zeige die Kurve der öffentlichen Beachtung wieder nach unten (vgl. Kap. 2).

*Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sind bei uns stark unterbelichtet.*

Andreas Zumach

Zivile Freiheitsrechte würden in Deutschland als „mehr oder weniger selbstverständlich“ betrachtet und von der hiesigen Öffentlichkeit auch in Ländern, wo sie verletzt werden, eingefordert. Der „Komplex Menschenrechte“ unterliege aber immer noch „einer selektiven Behandlung und Wahrnehmung“, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte „sind bei uns stark unterbelichtet“. So

sei es dann auch zu erklären, dass etwa bei einer Pressekonferenz in Genf verschiedene NROs „ganz konkrete, schwere Verletzungen kultureller, wirtschaftlicher, sozialer Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland anprangern, unter anderem die Situation in den Alten-Pflegeheimen dieses Landes“, aber damit „kein großes Interesse bei den Journalisten“ auslösten.

*Markus Engels* betonte die Funktion von Menschenrechtsberichterstattung als „so etwas wie einen Transmissionsriemen zwischen Politik und Öffentlichkeit“ und forderte wie Arnd Henze die Behandlungsentsprechender Fragen bereits in der Journalistenausbildung. Die NROs wiederum sollten sich

„ein paar Gedanken über Public Relations machen“: In der riesigen Flut von Pressemitteilungen zu Menschenrechtsverletzungen sei natürlich jedes einzelne Ereignis wichtig, doch im Ergebnis werde eben vieles nicht zur Kenntnis genommen. Dem verschärften Wettbewerb auf dem Medienmarkt unterlägen natürlich auch Berichte über Menschenrechtsthemen. Es gebe aber auch starke

*Eure Berichterstattung ist sogar gegebenenfalls selbst eine Menschenrechtsverletzung, weil Würde verletzt wird.*

Markus Engels



Arnd Henze

Unterschiede zwischen den Medien und ihrer Behandlung des Themas. Viele leisteten sehr gute Arbeit, andere müssten sich vorwerfen lassen, dass ihre Art der Berichterstattung „gegebenenfalls selbst eine Menschenrechtsverletzung“ sei, „weil Würde verletzt wird“.

*Arnd Henze* sah die Gefahr von Fehlern bei der Wahl der Mittel zur Berichterstattung besonders beim Fernsehen gegeben, und zwar nicht nur bei den auf Sensationsjournalismus spezialisierten Programmen. Die in ihrer Wirkung schwer zu kontrollierende „Bildebene“ sei ja gerade „der Trumpf, mit dem wir arbeiten“, und dabei „müssen wir auch wissen, was wir anrichten, wenn wir Steinigungen zeigen, wenn wir möglicherweise zeigen, wie jemand aus dem 100. Stock des World Trade Center springt“. Die Frage: „Was zeigen wir davon?“ sei eine der schwierigsten überhaupt, eine allgemein gültige Antwort gebe es nicht.

*Rudolf Bindig* rief zu einer „Differenzierung der Medien“ auf: Hörfunk und insbesondere Printmedien könnten sehr viel

Hintergrundberichterstattung leisten und Themen auch kontinuierlich verfolgen. Sie seien deshalb für ihn bei seiner politischen Arbeit auch oftmals ebenso wichtige Informationsquellen wie die NROs, in vielen Fällen zuverlässiger und konkreter als offizielle Berichte. Hörfunk und Printmedien könnten auch „trockene“ Themen wie etwa die juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen behandeln; das Fernsehen habe da verständlicherweise „besondere Probleme“.

Die Gefahr, dass komplizierte Zusammenhänge zugunsten plakativer Schlagzeilen verdrängt werden, sei auch beim Thema Menschenrechte stets gegeben. Er selbst habe etwa schon das Angebot einer Boulevardzeitung bekommen, „ganz groß“ etwas zum Thema Frauenhandel zu machen. Hier hätte das Thema Menschenrechte nur der Deckmantel für Sensationsmache sein sollen. Gleichzeitig lasse sich sehr schwer jemand für die Frage interessieren, ob man Zeuginnen das Bleiberecht zusichern solle, wenn sie mit Aussagen vor Gericht den Frauenhandel bekämpfen helfen.

*Arnd Henze* bestätigte *Rudolf Bindings* Einschätzung; er selbst wende sich durchaus schon einmal an Kollegen bei Hörfunk- und Zeitungsredaktionen und weise sie auf wichtige Themen hin, „wo ich nicht unmittelbar weiß, wie wir das fernsehmäßig umsetzen können“.

Die Fernsehjournalistin *Ann Schäfer* beklagte dagegen, dass seit einigen Jahren immer mehr die Erwartung bestünde, „dass wir immer fertig aufbereitete Dinge bekommen, die man dann nur ein bisschen abändert“. Es gelte aber die „Arbeitsteilung“ zu beachten zwischen denjenigen, die Fakten liefern sollten, und zwar „möglichst klar, möglichst nüchtern, möglichst überschaubar“ und denjenigen, deren Aufgabe die mediale Umsetzung dieser Fakten sei. Dies sei gerade beim Fernsehen oft schwierig, aber die Journalisten

müssten diese Arbeit leisten, um daraus dann selbst ihre Themen zu entwickeln.

*Markus Engels* stimmte dem ausdrücklich zu. Mit einer Aufarbeitung durch die Medien, die auf „sinnliche“ Momente setzt, habe er keine Probleme. Es müsse aber auch klar sein, wer in der Verantwortung für Berichterstattung, die Informationsbeschaffung und -verwertung steht. Natürlich seien Presseerklärungen, bei denen „der Journalist nur noch unten wegstreichen muss, bis es passt“, eine Hilfe. Aber eine schlecht gemachte Pressemitteilung müsse ebenso berücksichtigt werden, wenn ihr Thema wichtig ist.

Für *amnesty international*, so *Barbara Lochbihler*, stehe auch in Zukunft eine „Message“ im Mittelpunkt: „Menschenrechtsverletzungen anprangern und verhindern“. Um die Medien dabei zu nutzen, müsse sie weiterhin als „Nachrichtagentur“ arbeiten, also Journalisten und Politikern Sachinformationen zur Verfügung stellen. Allein hiermit lasse sich aber Politik nicht ändern. Man könne zum Beispiel die Entscheidung über militärische Interventionen nicht allein durch Informationen beeinflussen. Deshalb sei es wichtig, als möglichst starke Organisation aufzutreten, wenn man mit „einer anderen als der Regierungsmeinung“ in der Öffentlichkeit Gehör finden wolle.

Dazu aber müsse sie „über die Printmedien hinaus“ auch in breiteren Medien, insbesondere im Fernsehen, vertreten sein und dafür „eine gute Form oder eine leichtere Form finden, ohne das Thema zu verwässern oder ‚easy‘ zu machen oder allen möglichen Trends auszusetzen“. Bei vielen Themen komme außerdem selbst eine so große NRO wie *amnesty international* wohl kaum zu Gehör, wenn sie nicht zusätzlich Bündnisse mit anderen Organisationen eingehe und Hilfe von „Journalisten, die bereit sind, diese unliebsamen Themen

*Natürlich ist es gut, wenn NROs helfen oder wenn Politiker eine tolle Pressemitteilung schreiben, bei der der Journalist nur noch unten wegstreichen muss, bis es passt.*

Markus Engels

*Es sollen nicht immer nur die anderen hinter uns her rennen müssen, sondern wir müssen eigentlich auch einmal wieder unsere Verantwortung sehen und selber nachfragen, um daraus dann unsere Themen zu machen.*

Ann Schäfer,  
Fernsehjournalistin

*Wir müssen eine gute Form für die Präsentation über die Printmedien hinaus, auch im Fernsehen, finden, ohne das Thema „easy“ zu machen oder allen möglichen Trends auszusetzen.*

Barbara Lochbihler

anzusprechen“, bekomme – „nicht nur in der taz“, sondern auch in „Mainstream-Medien“ mit hoher Verbreitung. Wenn ai zum Beispiel Konzepte zur Terrorismusbekämpfung nach Menschenrechtsstandards kritisieren würde, „werden wir nicht eingeladen werden, die öffentlich auch zu kommentieren“.

Auch *Arnd Henze* nannte es eine wichtige Aufgabe der Menschenrechtsberichterstattung, dass sie helfe „die Diskussion zu prägen“ und zentrale Begriffe „in der Hand zu halten“. Dies könne in nächster Zeit noch schwieriger werden, „wenn uns die Umwidmung von Menschenrechtsverletzungen in Terrorismusbekämpfung und ähnliche Begriffsumwidmungen bevorstehen“. Dabei müssten Journalisten einander auch gegenseitig beobachten und helfen, „durchaus auch einmal im Kollegenkreis anrufen“ und Kritik anmelden.

In den letzten Jahren hat sich, trotz aller Defizite, dennoch so etwas wie ein allgemein gültiger Standard in Menschenrechtsfragen entwickelt, meinte *Andreas Zumach*. Er erinnerte an den Militärputsch in Chile 1973 und daran, dass es damals zum Beispiel in der deutschen Regierung „mitnichten Konsens war, dass das eine Menschenrechtsverletzung ist oder vielleicht sogar eine Diktatur“. Dies sei es auch bis Ende der Achtzigerjahre noch nicht gewesen. Erst danach seien die Verbrechen der Militärjunta „mit viel Mühe aufgrund von NRO-Arbeit und einigen beherzten und couragierten Juristen“ aufgerollt worden, und einer der Hauptverantwortlichen, nämlich Pinochet, werde nun auch als solcher benannt, ein Prozess habe ihm zumindest gedroht. Dies sei „ein immenser Fortschritt“.

*Andreas Zumach* warf außerdem die Frage auf, ob „Menschenrechtsberichterstattung“ nur das sei, „wo der Begriff in einem Artikel oder in Fernsehbeitrag aufkommt“ oder vielleicht weiter gefasst werden müsse. Die „Kategorie Menschen-



(v.l.)  
*Andreas Zumach*,  
*Markus Engels*

rechte“ spiele ja überall eine Rolle: das „Menschenrecht auf Leben und Unversehrtheit“ bei der Berichterstattung über die Anschläge von New York und Washington; das Recht auf ein Leben in Würde und die Sicherung von wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten Hunderttausender im Nahen Osten, wenn über die „gewisse klammheimliche oder auch offene Zustimmung und Unterstützung für diese Terrorakte“ berichtet wird. Das Recht auf Nahrung und andere wirtschaftliche und soziale Grundrechte von Millionen Menschen in Afghanistan sei durch den Krieg und das Taliban-Regime ohnehin schon seit langem verletzt und würde „durch welche Militäraktionen auch immer“ sicher nicht befördert. Man könne also den gesamten Konflikt „auch ganz stringent entlang des Begriffes Menschenrechte und den damit verbundenen Kategorien diskutieren“. Stattdessen sei aber zum Beispiel bei den entsprechenden Bundestagsdebatten der Begriff überhaupt nicht aufgetaucht.

*Wir als Journalisten müssen uns immer selbst die Fragen stellen, ob wir die Un-teilbarkeit der Menschenrechte in unserer Berichterstattung und unserem journalistischen Einsatz auch wirklich ernst meinen.*

*Andreas Zumach*

Journalisten müssten sich bei der Arbeit jedenfalls immer selbst die Frage stellen, ob sie das, „was nun behauptetermaßen als internationaler Konsens gilt, nämlich die Unteilbarkeit der Menschenrechte“ in ihrer Aufmerksamkeit für bestimmte Themen und ihrer Berichterstattung auch ernst meinen. Dafür definierte er drei „Lackmus-Fragen“:

*Erstens:* Nehmen wir zur Kenntnis, dass es auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte gibt, die „vielleicht auch bei uns, im reichen Deutschland und anderen Staaten des Nordens“, nicht umfassend verwirklicht sind?

*Zweitens:* Nehmen wir zur Kenntnis, dass bestimmte Tabus nach wie vor bestehen – zugespitzt auf die Frage, ob die Maßstäbe, die richtigerweise an den serbischen Ex-Präsidenten Milosevic angelegt werden, auch für die Politiker wie den früheren US-Außenminister Kissinger und dessen Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen gelten, für den Algerienkrieg oder Nordirland? Hier gebe es „eine Frage, die ein Problem ist, eine Blockade“.

*Drittens,* und dies sei gerade in Verbindung mit der aktuellen Diskussion um die Terror-Angriffe auf die USA von großer Bedeutung: Beschäftigen wir uns mit der Frage, dass für die große Mehrheit der Bewohner dieses Planeten grundlegende Menschenrechte auf Ernährung, auf Wohnung, auf Schulbildung nicht erfüllt sind „und dass, solange dieses bleibt, wir genug Menschen finden werden, die so was wie letzten Dienstag in New York und Washington immer wieder tun werden? Diese Fragen müssten wir als Journalisten gerade jetzt stellen“.

*Gelten die Maßstäbe, die wir an Herrn Milosevic anlegen, auch für Herrn Kissinger?*

Andreas Zumach

## 2. Menschenrechtsorganisationen – Medien – Politik: ein Wechselspiel

Einigkeit über das Ziel bedeutet keineswegs Einigkeit über den richtigen Weg dorthin, und so wurden in der Diskussion viele verschiedene Gründe dafür ausgemacht, dass die Menschenrechte immer wieder aus dem Fokus der Aufmerksamkeit von Politikern und Öffentlichkeit verdrängt werden.

Barbara Lochbihler nannte den Kosovo-Konflikt als Beispiel dafür, wie Menschenrechtsorganisationen in Gefahr geraten können, über die Medien von politischen Interessengruppen instrumentalisiert zu werden. Es habe Kritik an amnesty international gegeben, weil es keine Bewertung der Lage zum Zeitpunkt der NATO-Luftangriffe abgab. Es sei aber „für uns auch ein wichtiger Wert, nichts zu sagen, wenn wir nichts Genaueres wissen“. Die Gefahr sei groß, von der einen oder anderen Konfliktpartei vereinnahmt zu werden, die zur Begründung ihrer Aktionen eine NRO als neutrale Bestätigung braucht.

Markus Engels betonte die Rolle der Menschenrechtsberichterstattung als „Transmissionsriemen“ zwischen Politik und Öffentlichkeit. Die Medien hätten deshalb durch Wahl und Gewichtung ihrer Themen Einfluss auch auf die Behandlung der Menschenrechte durch die Politik. Dieser Verantwortung würden sie aber nicht immer gerecht, weil viele Redaktionen dem Bereich nicht genug Gewicht einräumen.

Auch Arnd Henze sagte, die Medien müssten sich die Frage stellen, ob sie als „Transmissionsriemen“ richtig arbeiten, al-

*Es besteht die Gefahr, dass eineParteisagt:dieserKonflikt wird im Namen der Menschenrechte geführt und dann nur schnell eine NRO braucht, die das auch sanktioniert.*

Barbara Lochbihler



(v.l.)  
Arnd Henze,  
Rudolf Bindig



Elisabeth Schumann-  
Braune (FES)

so die Anliegen der Menschenrechtsorganisationen besser befördern und andererseits von deren Aktivitäten und Ressourcen profitieren könnten: „Bei unserer Arbeit vor Ort erleben wir unendlich viele Menschenrechtsgruppen, ohne die wir in unseren Recherchen praktisch keinen Schritt vorankommen würden; ob das kleine Gruppen in der russischen Provinz sind, in Afrika oder wo auch immer.“

Rudolf Bindig berichtete, dass sehr oft Medien mit Fragen zum Thema Menschenrechte an ihn herantreten. Er widersprach der Feststellung aus der Einladung zu dieser Diskussion, wonach zwar „das gesellschaftliche Interesse und Problembewusstsein für Menschenrechtsverletzungen insgesamt in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat“, aber andererseits „abgesehen von den Aktivitäten zum Teil sehr spezialisierter Interessengruppen“ das Thema „weder in den Medien noch der Politik eine große Rolle“ spielt. Er selbst habe „dieses Jahr schon 50 Mal morgens in irgendeiner der Rundfunksendungen irgendeine Kommentierung zu einem Menschenrechtsthema gemacht“. Allerdings hätten die Medien wenig Interesse an der Frage, „wie auch politisch oder strategisch auf Menschenrechtsverletzungen reagiert werden kann“. Statt dessen tauche immer wieder die Frage nach Totalboykott auf und die fast empörte Feststellung: „Ihr seid in den Iran gereist und habt da gesprochen, statt die zu boykottieren...“.

Andreas Zumach hat bei seiner Berichterstattung die wichtige Rolle der vielen UN-Institutionen, des Hochkommissariats für Menschenrechte und der Sonderberichterstatter kennen gelernt und schätzt die Bedeutung dieser politischen Institutionen für die Arbeit der Journalisten als sehr hoch ein. Die Medien hätten die Aufgabe, daran zu erinnern, dass die internationalen Verträge, auf denen die Arbeit dieser Institutionen beruht, eingehalten werden; dass die Menschenrechte „und all

*Man kennt immer nur die fast empörte Frage: Was, Ihr redet in irgendeiner Weise noch mit den Chinesen, obwohl die...? Ihr seid in den Iran gereist und habt da gesprochen, statt die zu boykottieren?*

Rudolf Bindig

das, was zwischen 1948 und 1960 aufgeschrieben worden ist in der Allgemeinen Erklärung, den beiden Pakten und natürlich auch in den spezifischen thematischen Konventionen, etwa zum Genozid, zur Sklaverei, zur Benachteiligung von Frauen“ ungeteilt und weltweit gelten. An diesem Axiom, das alle Teilnehmer der Wiener Menschenrechtskonferenz, „auch China und viele so genannte Schurkenstaaten“ unterschrieben haben, müsse gerade jetzt festgehalten werden.

Die Nichtregierungsorganisationen haben nach *Andreas Zumachs* Einschätzung „wichtige Schneisen geschlagen“. Viele politische Erfolge, etwa „die Schaffung des Amtes einer Hochkommissarin für Menschenrechte oder einer speziellen Sonderbeauftragten für die Verletzung von Frauenrechten, wären ohne die Arbeit von amnesty, Human Rights Watch und vielen, vielen anderen nicht vorstellbar gewesen“. Und das habe natürlich auch „das Echo in den Medien verstärkt und verbessert“.

Die Medien, so Zumach, orientieren sich allerdings sehr stark an einzelnen Großereignissen. Nach dem Höhepunkt des Interesses zum 50-jährigen Bestehen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1998 zeige „die Kurve wieder bergab“. Das Thema habe bei vielen Journalisten „nur dann eine Chance, wenn es von gewichtigen Politikerinnen und Politikern offensiv angeboten wird. Wenn Herr Schröder morgen Abend zu einem Hintergrundgespräch mit dem Titel ‚Menschenrechte‘ einladen würde, dann würden Loute kommen“.

Die Politik aber, und mit ihr ein Großteil der Medien, beachte Menschenrechtsfragen meist nur dann wirklich mit Interesse, wenn es Streitigkeiten wie bei der deutschen Haltung gegenüber China gebe. Die Recherchen einiger Journalisten zunächst zum Konflikt zwischen Außenminister Kinkel und Bundeskanzler Kohl und der auch gegenüber der rot-grünen Regierung nicht ausgeräumte Verdacht, „dass der Fischer uns da was vormacht“, hätten – auf dem Umweg über die

Auseinandersetzung in Deutschland – vorübergehend das Interesse für die Menschenrechtsverletzungen in China erhöht: „Aber irgendwann war das auch wieder beerdigt.“

Seit dem Jugoslawienkrieg sei das Thema dann noch weiter belastet worden. Menschenrechte als eine politische Kategorie oder als Leitlinie für politisches Handeln „sind ein wenig anrühlich geworden; so erlebe ich das jedenfalls in vielen Diskussionen“ Die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo, „die es ohne Zweifel in schwerem Maße gab“ seien in der deutschen Politik „auf eine bestimmte Weise instrumentalisiert worden und mussten zur Begründung für diesen umstrittenen Krieg herhalten“. Dies habe zu einer tiefen Skepsis in weiten Teilen der kritischen Öffentlichkeit geführt. „wenn Politiker heute das Wort ‚Menschenrechte‘ in den Mund nehmen“. Es bestehe der Verdacht, dass „sich andere Absichten oder Ziele dahinter verstocken“.

Umgekehrt gebe es Politiker, die im Oktober 1998 dem Kriegseinsatz „mehr oder weniger schweren Herzens zugestimmt haben“ und dies heute innerlich bedauern, „Schuldkomplexe haben, dies aber nicht klar sagen und nun das Kind mit dem Bade ausgießen“. Als Beispiel nennt Andreas Zumach eine Diskussion Anfang September in der Evangelischen Akademie Loccum, an der er mit Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer und Altbundeskanzler Helmut Schmidt teilnahm: „Da hat Antje Vollmer gesagt, wir müssten jetzt endlich aufhören, in der öffentlichen Diskussion immer mit den Menschenrechten zu operieren; das ist zu viel geworden. Herr Schmidt hat sehr beifällig genickt, weil er das im Grunde auch immer für ein ‚weiches Thema‘ gehalten hat.“ Man könne und müsse natürlich darüber reden, ob Menschenrechte in der öffentlichen Diskussion und in Medien für bestimmte Zwecke instrumentalisiert werden. Deshalb dürfe man aber nicht „die

*Seit dem Jugoslawienkrieg besteht in der Öffentlichkeit der Verdacht, dass Politiker andere Absichten und Ziele verstecken, wenn sie das Wort ‚Menschenrechte‘ in den Mund nehmen.*

Andreas Zumach

Kategorie als solche aufgeben“ oder auch nur zurückstellen, sondern vielmehr sagen: „Lasst sie uns auf andere Weise gebrauchen, eben nicht mehr selektiv.“

*Die Journalisten schieben die Verantwortung zu den Politikern, die NRO zu den Journalisten. Das bringt uns nicht weiter.*

Markus Engels

Markus Engels warnte vor einem „Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten“. Auf der einen Seite werde gesagt, wenn Bundeskanzler Schröder zu einer Pressekonferenz mit dem Menschenrechte einladen würde, wäre sofort Interesse da. Dann wieder heiße es, „wenn der Schröder das Wort ‚Menschenrechte‘ in den Mund nimmt, meint er nur Krieg“. Auf diese Art würden „die Journalisten die Verantwortung zu den Politikern schieben, die NRO zu den Journalisten. Das bringt uns nicht weiter.“

„Genau das“, entgegnete *Andreas Zumach*, „habe ich nicht gesagt. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass es ein Wahrnehmungsverhalten bei Journalisten gibt, das nur dann auf den Begriff Menschenrechte anspringt, wenn das Thema von Schwergewichte in der Politik angeboten wird.“ Weil das aber kaum passiere, „tun die Journalisten auch zu wenig. Das ist aber eine Kritik an den Journalisten.“ Und seine Feststellungen zum Misstrauen in der Öffentlichkeit gegenüber der Instrumentalisierung des Begriffs Menschenrechte seien „eine Analyse; ich mache mir das nicht zu Eigen. Das ist schon ein Unterschied. Ich sage im Gegenteil: Die Hauptverantwortung dafür liegt bei uns Journalisten und Medien.“

Dann, so Markus Engels, sei man sich einig.

*Barbara Lochbihler* vermisst bei den Menschenrechtsorganisationen gezieltes „Medien-Lobbying“. Amnesty international versuche zwar, Abgeordnete oder die Bundesregierung auf seine Anliegen aufmerksam zu machen, „aber man muss auch ‚lobbyieren‘ in den Entscheidungszentren der großen Fernsehanstalten und Redaktionen. Und das machen wir nicht. Da haben wir sicher Bedarf.“



(v.l.)  
Rudolf Bindig  
MdB, Petra Hanf  
(Forum Menschenrechte, Sekretariat Berlin), Peter Schläffer (FES)

Ein Vertreter des Vereins Iranischer Flüchtlinge in Westberlin findet im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen die Reduzierung auf die Frage „Boycott oder nicht“ zu einfach. Auch er sieht die Gefahr, dass „nach der Beendigung des Ost-West-Konflikts die Menschenrechte, von denen ja davor im Westen sehr laut gesprochen worden ist, nicht mehr universal geltend gemacht werden“. Es müsse schon erlaubt sein, zu fragen, warum Politikerinnen bei einer Reise in den Iran sich das Tragen von Kopftüchern aufnötigen lassen. „Wo sind denn da die Konsequenzen?“ Damit behandle man die Zwangsverschleierung von Frauen als eine Frage, in die man sich nicht einmischen will. Die Medien würden solch eine Sichtweise übernehmen: „Musste unbedingt Helmut Hofer im Iran verhaftet werden, damit die Steinigungsszenen in Sat 1 und in allen Zeitungen gezeigt werden?“ Auch die grausamen Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan seien erst jetzt wirklich beachtet worden. „Was im Iran und in China passiert“

gehe aber alle an, und das nicht erst, wenn Westeuropäer oder US-Amerikaner zu Opfern werden.

*Marion Böker* ist Bundesreferentin von k.o.k. in Potsdam, einem Dachverband von 38 gegen Frauenhandel und Gewalt an Migrantinnen engagierten Organisationen. Sie fürchtet angesichts der Ereignisse in New York, dass insbesondere die Rechte von Migrantinnen und Migranten noch weiter beschränkt werden und ihre Probleme, die gerade etwas „an Öffentlichkeit gewonnen hatten“, wieder von der Tagesordnung verschwinden. Das Thema Menschenrechte müsse aber generell mehr beachtet werden: „Die Medien müssten das aufwerten, sie müssten für Schulung oder Ausbildung sorgen und entscheiden: Das hat eine ganz prioritäre Wertigkeit und

deshalb berichten wir in den Nachrichten fortlaufend über solche Fragen. Die kleine Dosierteit würde es in die Köpfe einhämmern.“ Die in den Medienräten vertretenen Politiker sollten dies dort einbringen. Es müsse zudem ein Netzwerk von „Menschenrechtsjournalisten“ geben, wie es für „Dritte-Welt-Themen“ bereits existiere.

*Ramesh Jaura* von der Nachrichtenagentur IPS kritisierte, dass die Bundesregierung dem Thema Menschenrechte nicht genug Beachtung verschaffe. Von ihrem Menschenrechts-Beauftragten sei nichts mehr zu hören. Die internationale Entwicklung aber gehe dahin, dass bei der Bildung einer Anti-Terror-Koalition nicht mehr auf die Menschenrechtssituation in den potenziellen Mitgliedsländern geachtet werde: „Wo bleibt die Pflicht des Journalisten, objektiv zu berichten? Haben wir die Möglichkeit, haben wir den Mut, haben wir die Kraft, haben wir die Gelegenheit und können wir uns organisieren?“

*Andreas Zumach* verwies darauf, dass es schon immer durch politische Interessen begründete Schwerpunktsetzungen gegeben habe, die man ergründen müsse. Es könne doch zum

Beispiel „eine Sternstunde für den deutschen Journalismus“ sein, endlich einmal mit „möglichst prominenter Beteiligung“ die Debatte um Henry Kissinger zu inszenieren: „Es wäre wichtig, dass Helmut Schmidt dabei ist als Herausgeber einer meinungsführenden Zeitung, die Herrn Kissinger nach wie vor – und das gilt für weite Teile der deutschen Medien – für eine Ikone hält und kritische Fragen nicht zulässt, sondern sie auf eine üble Weise niedermacht.“ Man sollte dann natürlich auch darüber reden, dass deutsche Politiker erklärt haben, die USA hätten in Vietnam die Freiheit Westberlins verteidigt: „Und das hat nicht Konrad Adenauer gesagt oder Kurt Georg Kiesinger, sondern der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt“.

Hier seien Tabus, über die man reden müsse. Die Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen, Mitverantwortung oder zumindest politischer Mitunterstützung in der Vergangenheit sei noch längst nicht so weit, dass man mit der notwendigen Unbefangenheit über aktuelle Ereignisse reden könne. Nach wie vor „und künftig vielleicht noch weniger“ würden Politiker die Menschenrechte nicht in den Mittelpunkt stellen, sondern sie vielmehr als ein untergeordnetes Thema behandeln, das hinter anderen, strategische Interessen und Rücksichten – „darunter künftig die Terrorismusbekämpfung“ – zurücksteht.

*Rudolf Bindig* sah vielfältige „Wechselbeziehungen zwischen der Menschenrechtsberichterstattung in den Medien, den Informationen der NRO und der Politik“. Er selbst bereite sich auf Gespräche mit Politikern anderer Länder vor, indem er zunächst Informationen bei der OSZE und vergleichbaren Quellen einholt. Die zweite Informationsgrundlage seien Berichte von NRO. Aber eine dritte wichtige Quelle seien die „Medien und insbesondere die Printmedien“, die in der Lage seien, „mit vielen Leuten, auch vor Ort, zu recherchieren und sehr präzise und laufende Berichterstattung bringen“.

*Politiker betrachten die Menschenrechte als ein untergeordnetes Thema, das hinter strategischen Interessen und Rücksichten zurücksteht.*

Andreas Zumach

*Die Politiker müssen das Thema Menschenrechte über die Medienräte einbringen.*

Marion Böker  
Bundesreferentin von k.o.k.

Zur Kritik an der Art der Kontakte etwa zu China oder dem Iran entgegnet er, die Politik müsse bei Gesprächen im Ausland sorgfältig abwägen und eben, wie bereits gesagt, differenzierte und deshalb über die Medien nur schwer zu vermittelnde Strategien anwenden. „Hier wurde gesagt, in dem Moment, wo eine Frau in den Iran mitfährt und akzeptiert, dass sie den Schleier zu tragen hat, unterwirft sie sich den Bedingungen. Das sehen wir natürlich.“ Man müsse aber abwägen, wie wichtig das im Vergleich dazu ist, „dass man mit Leuten im Iran, und zwar verantwortlichen, zusammensitzen kann und über Menschenrechte redet.“ Ähnliches gelte für China, wo – auch mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung – ein schwieriger Dialog geführt werde. Es sei „noch keine große Änderung“ zu sehen, aber in bestimmten Bereichen, nuanciert, eben doch: „Und da wünschte ich mir auch eine differenzierte Perzeption in bestimmten Medien“. Man solle es sich in der Berichterstattung nicht zu einfach machen. Dies sei aber „eine gemeinsame Aufgabe der Medien, der Politik und der NRO, die viel Verständnis haben für differenzierte Strategien – wenn man etwas bewirken kann“.

Arnd Henze warnte entschieden davor, dass, wie in der Diskussion gefordert, Art oder Umfang der Menschenrechtsberichterstattung von außen bestimmt werden: „Wer soll uns, bitteschön, Medienethik oder Standards setzen? Politiker? Funktionäre? Gremien?“ Damit öffne man „ein Scheunentor“, und zwar nicht den an Menschenrechtsberichterstattung interessierten, sondern „den Otto Schilys dieser Welt“.

*Die Redakteure sind dafür verantwortlich, was gesendet wird und was nicht. Wer sich reinreden lässt, ist selber schuld.*

Arnd Henze

Für seine Arbeit gelte ein Redakteursstatut: „Darin ist klar geregelt, wer mir reinreden darf und wer nicht. Und es darf mir Gott sei Dank fast keiner reinreden. Auch nicht der Rundfunkrat.“ Der dürfe zwar im nachhinein Beiträge monieren, aber „solange ich keine Rundfunkgesetze verletzt habe“, hänge Themenwahl- und Gewichtung „schlicht und

ergreifend davon ab, ob ich mich in Konferenzen zu Wort melde, ob ich mich engagiere oder ob ich aus vorauseilender Bequemlichkeit die Schnauze halte“. Niemand solle darüber klagen, dass er „zu viel Druck von oben kriegt. So, wie zum Beispiel das öffentlich-rechtliche System organisiert ist, kann das nur eine Entschuldigung für eigene Feigheit sein. Und ich will keinen meiner Kollegen aus der Verantwortung dafür entlassen, was gesendet wird und was nicht, weil schlicht niemand das Recht hat, uns dreinzureden. Wer sich reinreden lässt, ist selber schuld“.

Markus Engels hielt es dagegen durchaus für möglich, sich über „Medienethik“ und Standards journalistischer Arbeit auseinanderzusetzen und entsprechende Forderungen an die Medien zu stellen, ohne damit ein Tor für politische Einflussnahme zu öffnen. Er habe da „ein größeres Vertrauen in unsere Zivilgesellschaft“. Man müsse sich zum Beispiel „darüber unterhalten, wenn sich General Schwarzkopf bei den Medien dafür bedankt, dass all die im Golfkrieg verbreiteten Lügen eins zu eins von den Medien berichtet wurden“.

Die Frage nach der Verantwortung für das Setzen von Themen ist für ihn am wichtigsten: „Ich behaupte immer noch: Natürlich ist es morgen auf Seite eins, wenn Gerhard Schröder sich hinsetzt und sagt, wir müssen über das Menschenrechtsthema reden. Ich appelliere aber an die ‚guten‘ Journalisten, zu sagen: Okay, der Schröder macht das nicht, aber wir können doch selbst auch Themen setzen. Da gehört doch kein Mut dazu. Mut gehört dazu, in Weißrussland Journalist zu sein. Die werden da erschossen.“ Wer Interesse am Thema Menschenrechte habe, der finde für seine Beiträge auch eine interessierte Öffentlichkeit. Man müsse sich bewusst machen, dass auch Journalisten Themen setzen und nicht nur Politiker.

*Es gehört doch kein Mut dazu, über Menschenrechte zu berichten. Mut gehört dazu, in Weißrussland Journalist zu sein. Die werden da erschossen.*

Markus Engels

*Andreas Zumach* nahm Bezug auf die Kritik vieler NRO-Vertreter an der angeblich zu negativen Berichterstattung über die UN-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban, „weil ich schon will, dass wir hier auch die Streitpunkte benennen“. Er habe Durban als gescheitert betrachtet, obwohl es in letzter Sekunde noch eine gemeinsame Abschlusserklärung gegeben habe. Es sei absehbar gewesen, dass die Eskalation des Konflikts in Palästina die Konferenz dominieren würde und sie deshalb „gemessen an dem ursprünglichen Zielscheitern musste“. Bestimmte Teilnehmerstaaten aus der arabischen Welt hätten sich unter Druck gesehen, eine Israel-kritische Resolution durchzusetzen. Ebenso klar sei deshalb gewesen, dass Europäer und Amerikaner dies nutzen würden, sich der Diskussion zu entziehen und „dem viel schwierigeren Thema Kolonialismus und Sklaverei“ auszuweichen. Viele Journalisten, auch er selbst, hätten dies in Kommentaren und Berichten beschrieben. Es wäre gut gewesen, wenn die NRO sich dem „Automatismus“ entzogen hätten, Ressourcen auf eine mehrere Jahre zuvor beschlossene Konferenz zu verwenden, die durch aktuelle weltpolitische Entwicklungen ihr Ziel nicht habe erreichen können. NRO-Vertreter wie auch Journalisten müssten dies „auch einmal ein bisschen selbstkritisch reflektieren“.

*Barbara Lochbihler* sah zwar die Notwendigkeit, die Medien noch besser als bisher nutzen. Man könne aber mit der Verbreitung von Informationen allein die Politik nicht ändern und müsse deshalb die NRO auch direkt, als „Mitgliedschaftsorganisation“, weiter stärken, um mehr Menschen für ihre Argumente einzunehmen.

*Rudolf Bindig* sah trotz aller Defizite „in den letzten zwölf Jahren doch eine wesentliche Verbesserung bei der Institutionalisierung der Menschenrechte“ in der Politik. „Wir hatten erst gar kein Gremium im Bundestag, das sich damit hauptsächlich befasst hätte. Dann hatten wir den Unterausschuss

für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, jetzt gibt es einen ordentlichen Ausschuss.“ Auch in den Fraktionen seien inzwischen „entsprechende Strukturen“ vorhanden. Auch die Arbeit des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung sei von der Idee her gut: „Dass vielleicht die Person manches Mal noch etwas aktiver sein könnte, daran arbeiten wir“. Insgesamt glaube er, dass es innerhalb der politischen Institutionen inzwischen ein Netzwerk gebe und dass es „dann auch Anlass und qualitative Angebote gibt für die Berichterstattung“.

(v.l.)  
Barbara Lochbihler,  
Elisabeth Schu-  
mann-Braune,  
Rudolf Bindig,  
Michael Rediske



### 3. Der 11. September 2001 und die – möglichen – Folgen

*Nur eine Woche nach den Terrorangriffen auf die USA stellten natürlich auch die Diskussionsteilnehmer auf dem Podium und im Publikum – explizit oder zwischen den Zeilen – die Frage, ob nun „nichts mehr so sein wird, wie es früher war“.*

*Barbara Lochbihler* sah die große Gefahr, dass viele Regierungen nun eigene Menschenrechtsverletzungen als notwendige Maßnahmen gegen „Terroristen“ deklarieren. Sie berichtete, dass amnesty international bereits ein Schreiben an den UN-Sicherheitsrat gerichtet und gefordert hat, dass „auch die UN berücksichtigen, welche Konsequenzen es für die Menschenrechte haben kann“, wenn nun militärische Schritte beschlossen werden. In der „alltäglichen Arbeit“ werde der ausgerufen Kampf gegen den Terror künftig wohl eine wichtige Rolle spielen. Sie nannte den geplanten Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Deutschland als ein Beispiel: „Da ist es eben auch ein Teil der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit von Amnesty zu sagen, dass nicht im Namen der Terrorismusbekämpfung die Verantwortlichkeit, auch von Soldaten, für Menschenrechtsverletzungen zurückgestellt werden soll und nicht mehr diskutiert werden darf“.

Auch *Arnd Henze* sah die Gefahr, dass die weltweite Zustimmung zum erwarteten Militärschlag der USA „natürlich ganz offen damit erkaufte wird, dass massive Menschenrechtsverletzungen nicht nur stillschweigend geduldet, sondern sogar umgewidmet und umbenannt werden. Was bis vor einer Woche noch Menschenrechtsverletzungen waren, ist ab heute Teil des Kampfes gegen Terrorismus – ob das Tschetschenien, Tibet oder Indonesien ist“. Dies werde mit Sicherheit schon

bald Thema sein und auch die Medien vor eine neue Situation stellen; sowohl bei der Auslandsberichterstattung als auch innenpolitisch. Er bestreite, dass es deutschen Journalisten bisher Mut abverlangt habe, kritisch zu Menschenrechtsfragen zu berichten, doch dies könne sich nun womöglich ändern. Es würden „mit einer ganz deutlichen Massivität Denk-, Begriffs-

*So, wie sich Otto Schily verhalten hat, werden wir möglicherweise in ganz anderer Weise Druck auf Sprachregelungen und Berichterstattung bekommen.*

Arnd Henze

und Argumentationsverbote formuliert“. Zwar seien die gesetzlichen Grundlagen zu deren Durchsetzung noch nicht da, aber so „wie sich Otto Schily letzten Sonntag bei ‚Sabine Christiansen‘ verhalten und deutlich gemacht hat, wo die heute noch diskutierten Grenzen gezogen werden können, werden wir auch in den Medien einen Diskurs bekommen, bei dem möglicherweise in ganz anderer Weise als jetzt Druck auf Sprachregelungen und Berichterstattung ausgeübt werden kann“. Wenn seine Sorge berechtigt sei, werde es „dann auch tatsächlich Zivilcourage und Mut von Journalisten erfordern, sich solchen Denk- und Argumentationsverboten gegen die Umwidmung von Menschenrechtsverletzungen zu Antiterrormaßnahmen zu widersetzen“.

*Markus Engels* sah große Herausforderungen auf die Medien zukommen, wenn sie entscheiden müssen, wie sie über die ungeheuerlichen Vorgänge berichten sollen, ohne ihre Sorgfaltspflicht den vermeintlichen Bedürfnissen des Publikums zu opfern. Es stelle sich die Frage: „Muss CNN Bilder von herabstürzenden Menschen aus dem World Trade Center zeigen? Ich für meinen Teil beantworte die Frage mit Nein. Muss ein scheinbar virtueller Luftkrieg über Bagdad live gezeigt werden? Ich sage Nein. Er muss es nicht, weil diese Bilder mehr lügen, als die Wahrheit sagen. Es ist absurd zu meinen, man wäre dabei.“ Die Journalisten müssten das, was sie zeigen, nach sachlichen Kriterien und nicht „nach Promotion-Regeln“ auswählen. Es sei dies natürlich kein neues Phäno-

men und seine Warnung solle auch „nicht pathetisch klingen“. Dennoch sei sie ihm sehr ernst: „Es geht hier um die Frage der Ethik und es geht um die Würde des Menschen, wenn ich solche Fotos mache. Das muss in den Redaktionen entschieden werden.“

*Rudolf Bindig* fürchtete ebenfalls, dass große Probleme auf die Menschenrechtsarbeit zukommen. Er habe vor wenigen Tagen in Moskau „Gespräche mit dem Chef des FSB (russischer Geheimdienst. Red.) und dem Generalstaatsanwalt geführt. Da war klar: Es wurde alles nur noch unter ‚Terrorismus‘ subsummiert. Alles, was in Tschechien geschieht. Und wir werden damit rechnen müssen, dass auch derjenige, der sich für die Menschenrechte der Kurden einsetzt, zu hören bekommt: ‚Wir werden doch den Terrorismus noch bekämpfen können‘. Es wird ein rauer Wind wehen gegen die differenzierte Betrachtungsweise in der Menschenrechtsarbeit“. Die Medien hätten hier einen wichtigen Beitrag zu leisten.

*Ramesh Jaura* von der Nachrichtenagentur IPS fragte, „ob es eine Art geistiger McCarthyismus ist, der sich jetzt in Bewegung setzt“, bei dem „jede Art von Kritik, sei es von der Politik oder von Journalisten, übel genommen werden kann“. Er appellierte an alle Kollegen, dem Thema nicht auszuweichen. Meinungsfreiheit sei ja auch ein wichtiges Menschenrecht.

Markus Engels hielt Jauras Bedenken für sehr ernst zu nehmen, fand es andererseits aber „absurd zu meinen, es würde in der aktuellen Situation Zensur ausgeübt werden.“ Die Frankfurter Rundschau etwa sei „extrem kritisch; die Süddeutsche Zeitung ist kritisch; die taz kann sich gar nicht mehr retten vor Kritik“ und die betreffenden Journalisten „machen keine Artikel mit der Knarre am Kopf, weil sie jetzt nur noch die amerikanische Außenpolitik vertreten müssen“. Auch in den USA selbst gebe es „massive Kritik“. Die Journalisten hät-

*Wersich für die Menschenrechte der Kurden einsetzt, wird zu hören bekommen: „Wir werden doch den Terrorismus noch bekämpfen können.“*

Rudolf Bindig



ten durchaus noch die Möglichkeit, ihre Berichterstattung selbst zu bestimmen. Er sehe vielmehr die Gefahr, dass versucht werde, die damit verbundene Verantwortung „wegzudrücken“ mit dem Verweis auf „die Politiker, die uns irgendwas einreden wollen, und wir können nichts machen“. Das sei falsch, und deshalb appelliere er an alle, sich noch mehr für

***Packen wir uns doch einmal als Journalisten an die eigene Nase und gucken, was wir machen müssen.***

Markus Engels

„eine qualitativ hochstehende, differenzierte Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen“ zu engagieren. Natürlich müsse sehr sorgfältig beobachtet werden, was die Politik unternimmt, aber „heute packen wir uns doch einmal als Journalisten an die eigene Nase und gucken, was wir machen müssen“.

## 4. Grundwerte unter Quotendruck

Das Thema Menschenrechte auf dem Medienmarkt

*Das Thema Menschenrechte hat auf dem Medienmarkt durchaus Bedeutung. Doch Platzierungen, die das Erreichen eines breiten Publikums sichern könnten, sind nach wie vor die Ausnahme.*

In den letzten Jahren, so *Markus Engels*, sei der Wettbewerb unter den Medien immer schärfer geworden, und dies wirke sich natürlich auch auf das Thema Menschenrechte aus: „Auch diese Berichterstattung ist keine gesonderte, auch sie muss sich behaupten auf dem Markt der Nachrichten. Das finde ich nicht schön, aber das muss man erst einmal feststellen“. Er nennt Beispiele wie die „Concluding Observations“ der UNO oder die Europäische Grundrechte-Charta (s. Kap. 1), die zwar von großer Bedeutung seien, sich aber auf dem Nachrichtenmarkt nicht durchsetzen konnten und deshalb kaum Beachtung fanden.

*Barbara Lochbihler* sieht Amnesty international wie auch andere vergleichbare Organisationen als eine Art „Nachrichtenagentur zum Thema Menschenrechte“, die in diesem Sinne auch sehr häufig nachgefragt werde. Allerdings sieht sie Defizite auch in der eigenen Arbeit, wenn es darum geht, die Themen massenwirksam – vor allem für das Fernsehen – aufzubereiten.

*Arnd Henze* wandte sich gegen die häufig gehörte, auch in der Diskussion mehrfach geäußerte, Einschätzung, wonach Menschenrechtsberichterstattung sich insbesondere im Fernsehen „allenfalls in Inseln oder gegen den journalistischen Mainstream durchsetzen kann“ (s. Kap. 1). Die entsprechenden Themen fänden durchaus Beachtung, doch seien in

Deutschland eben viel mehr Sender auf dem Markt als noch vor einigen Jahren, weshalb selbst „Primetime-Sendungen“ wie zum Beispiel der „Weltspiegel“ nicht die Gesprächsthemen des nächsten Tages bestimmen könnten. Im eigenen Bekanntenkreis sei ihm und seinen Kollegen im Gegenteil schon oft aufgefallen, dass auch wichtige und gut gemachte Beiträge sogar bei denjenigen in Vergessenheit geraten, die sie tatsächlich gesehen haben. Und die über einen längeren Zeitraum verfolgte Behandlung bestimmter Themen mit aufeinander aufbauenden Beiträgen werde vom Publikum oft als solche gar nicht wahrgenommen: „Wir denken, Film B passt doch zu Film A. Aber weil das Publikum eben nicht mehr so ist, wie wir es gerne haben möchten, und Film A und B nicht gleichzeitig guckt, hat der eine diesen Ausschnitt, der nächste einen anderen Ausschnitt“. Trotzdem bekannte Arndt Henze sich als „Quotenfan“. Die These, wonach Qualität und Inhalte zwangsläufig unter einer an möglichst hoher Reichweite orientierten Aufbereitung zu leiden hätten, sei „fundamental falsch“ und nicht belegt. Wenn amnesty international bei seinen Veranstaltungen kein Interesse daran habe, dass „der Saal in der Volkshochschule voll ist, dann wäre an der Arbeit etwas falsch“. Und genauso hätten Journalisten natürlich ein Interesse daran, dass ihre Beiträge auch beachtet werden. Es dürfe gar nicht erst der Eindruck entstehen, als ob Menschenrechtsthemen nicht „quotenträchtig“ seien, sondern man müsse vielmehr offensiv damit argumentiert, dass Weltspiegel und Auslandsjournal sich seit Jahren mit solchen Themen behaupten; dass ein Film über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien 11,5 Prozent Marktanteil erreichte, „was sehr viel ist“.

*Die Frontstellung Quoten-  
druck und Quotenfetischis-  
mus versus Qualität und In-  
haltehalteich für fundamen-  
tal falsch, und sie ist empi-  
risch nicht belegt.*

Arnd Henze

Rudolf Bindig, der einen durchaus großen und überdies in letzter Zeit zunehmenden Anteil von Menschenrechtsthemen in der Berichterstattung ausgemacht hat (s. Kap. 1), stellte



(v.l.)  
Ramesh Jaura (In-  
ter Press Service),  
Barbara Lochbihler

allerdings auch eine Konzentration auf ganz bestimmte Bereiche fest. „Grobe Menschenrechtsverletzungen“ wie Folter und Hinrichtungen fänden viel Beachtung, doch wenn man weiter in den Bereich der „bürgerlichen und politischen Menschenrechte“ wie etwa der Meinungs- und Versammlungsfreiheit komme und erst recht bei sozialen Rechten wie dem Recht auf Arbeit „nimmt es dann ab“. Außerdem gehe die Aufmerksamkeit schnell verloren, wenn „in einer Region nicht mehr die ganz aktuelle Lage da ist“.

Andreas Zumach sah trotz all der Fortschritte, die er in den letzten Jahren durchaus beobachtet hat, vor allem ein Problem, das er mit einer Beobachtung von der Eröffnung der neuen deutschen UN-Botschaft in New York 1997 illustriert: Der als Gast geladene Henry Kissinger wurde von einer Journalistin befragt, was er zu den Menschenrechtsverletzungen im Kosovo sage, deren Ausmaß zu dieser Zeit gerade weltweit bekannt wurde. Menschenrechte, habe der frühere US-Außenminister erwidert, „das sind doch weiche Themen, interessiert mich nicht, genauso wie Umwelt und so weiter“. Und

„die allermeisten Kollegen“ der Fragestellerin hätten dazu beifällig genickt. Es seien nicht nur Politiker, sondern eben auch Journalisten, die die Menschenrechte letztendlich als „weiches“, zweitrangiges Thema auffassten. Man könne es deshalb nicht den Menschenrechtsorganisationen zum Vorwurf machen, wenn sie mit den immer gleichen Tatsachen zu den immer gleichen Problemen an die Öffentlichkeit gingen und damit oft nur schwer Beachtung fänden: „Warum gelingt es denn, zum Thema Arbeitslosenbericht der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg jedes Jahr die Bundespressekonferenz voll zu kriegen?“ Er habe durchaus auch Kritik an der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Menschenrechtsorganisationen, doch diese Frage vor allem müssten „wir uns als Journalisten in erster Linie stellen“. Und auch er sieht, wie Rudolf Bindig, eine „selektive Behandlung“ der Menschenrechte entlang der Grenze zwischen bürgerlichen und zivilen einerseits sowie wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten andererseits. Wenn eine Pressekonferenz, bei der unter anderem die schlimme Situation in vielen deutschen Altenpflegeheimen thematisiert wird, kein Interesse bei den Journalisten fände (s. Kap. 1), dann sei es für diejenigen, die dennoch berichten wollten, natürlich schwer, dies in ihren Redaktionen unterzubringen.

*Michael Rediske* knüpfte an Arnd Henzes Ausführungen an, wonach Menschenrechtsberichterstattung nicht nur in einer „Insel“ stattfände und durchaus von vielen Menschen wahrgenommen würde. Vorausgesetzt, dies wäre tatsächlich so, stelle sich trotzdem die Frage, welche anderen Formen der Berichterstattung und Behandlung von Themen womöglich mehr Beachtung fänden und was zum Beispiel Menschenrechtsorganisationen bei Pressekonferenzen oder ähnlichen Gelegenheiten tun könnten, um ihre Anliegen auf dem Medienmarkt besser zu verkaufen. Konkret: Wie könnte etwa die von Markus Engels skizzierte „Menschenrechtspressekonferenz“ tatsächlich aussehen?

*Markus Engels* stellte sich unter einer solche Pressekonferenz nur eines von vielen möglichen Mitteln vor. „Hochkarätige“, also möglichst prominente und kompetente, Journalisten könnten daran teilnehmen, dadurch das Interesse der Medien steigern und den Wettbewerb innerhalb der Redaktionen für diejenigen Kollegen erleichtern, die sich um gute Platzierungen für Menschenrechtsthemen bemühen. Solche und andere Aktionen setzten aber ein Bündnis voraus zwischen Journalisten, NRO-Vertretern, Wissenschaftlern und anderen. Man müsse „auf drei Ebenen operieren“: Diejenigen, die die Botschaft senden, also die Menschenrechtsorganisationen, seien ebenso gefragt wie die Vermittler, also die Medien und schließlich auch die Empfänger, also „Konsumenten“; letztere zum Beispiel dann, wenn die Berichterstattung selbst zur Menschenrechtsverletzung wird. „In dem Moment“, so Markus Engels über die aktuellen Berichte aus New York, „wo Bilder von Menschen, die aus dem Hochhaus springen und dann aufschlagen, im Fernsehen gezeigt werden, ist das eine eklatante Verletzung der Würde und geht völlig an dem vorbei, was Ethik im Journalismus bedeutet“.

*Barbara Lochbihler* verteidigt die „puritanische“ Darstellung der Themen von amnesty international. Die betont schlichte und sachliche Präsentation habe viel zur allgemein anerkannten Seriosität von ai beigetragen. Außerdem ließen sich die Themen, Hintergründe und Zusammenhänge in der Regel nun einmal nicht kurz und prägnant darstellen. In Diskussionen mit Mitgliedern ebenso wie mit anderen Interessierten bekomme sie hierfür immer wieder Bestätigung: „Ihr seid nicht sehr oft in den Schlagzeilen, aber eben auch nicht in den skandalträchtigen Schlagzeilen. Wir vertrauen Euch, weil Ihr Euch darauf bescheidet, Informationen zur Verfügung zu stellen.“ Diese Reaktion könne sie bislang indes nur beschreiben.

*Bilder von Menschen, die aus dem Hochhaus springen und dann aufschlagen, sind eine eklatante Verletzung der Würde und gehen völlig an dem vorbei, was Ethik im Journalismus bedeutet.*

Markus Engels

ohne dass bislang schon einmal eine Auswertung vorgenommen worden sei. Es gebe allerdings durchaus auch Versuche, amnesty international auf andere als die gewohnte Art bekannt und präsent zu machen. Der 40. Gründungstag im Jahr 2000 war Anlass, über eine Pressestrategie nachzudenken, um „mit dieser eigentlich positiven Nachricht in die Medien zu kommen“. Dabei gebe es natürlich den Widerspruch, dass die Nachricht als solche nicht positiv sei, weil es eben immer noch viel zu viele Gründe für die Notwendigkeit von amnesty international gebe. Die erreichten Erfolge und die Tatsache, „dass wir unseren Prinzipien treu geblieben sind“ wollte man aber als message an die Fernsehstationen vermitteln. Dabei, so Barbara Lochbihler, „sind wir bei den Großen nicht aufgenommen worden“. Das österreichische Fernsehen bot Beratung und ein Konzept für eine Abendsendung an: kein oberflächliches Unterhaltungsprogramm zwar, weil dies nun einmal nicht zum Thema passe, aber der Versuch, gemeinsam mit Künstlern und anderen Prominenten „eine Festveranstaltung zu machen, die mobilisiert für die Menschenrechte, die die Vielschichtigkeit, auch die kulturellen und sozialen Rechte anspricht“ – und dies in einer Form, „die sie senden können am Samstag um Viertel nach acht“. Dafür habe es aber „keinen Abnehmer“ gegeben, ARD und ZDF hätten die Idee nicht aufgegriffen. Angebote für Dokumentarfilme, Berichte oder auch eine Podiumsdiskussion bei „Phoenix“ seien dagegen „positiv gegangen“.

Das von den beiden großen deutschen Fernsehanstalten abgelehnte Konzept, berichtet *Barbara Lochbihler* weiter, wurde dann „quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ bei einer Veranstaltung in Hamburg umgesetzt. Dies sei, so hätten Fachleute versichert, sehr gut gelungen. Man brauche also auf Seiten der NRO mehr Beratung von Journalisten, wie solche Erfahrungen „aufgearbeitet“ werden können,

*Ich ‚lobbyiere‘ den Herrn Bindig oder die Bundesregierung, aber man muss auch ‚lobbyieren‘ in den Entscheidungszentren der großen Fernsehanstalten und in den Redaktionen. Und das machen wir nicht, da haben wir sicher Bedarf.*

Barbara Lochbihler

aber ebenso notwendig sei nun einmal der Wille bei den Verantwortlichen in den Medien, „die ganze Ernsthaftigkeit und Komplexität, die hinter Menschenrechtspolitik steht, auch einem größeren Publikum zu zeigen“. Dies aber, so ihr Eindruck, „ist von der Leitung auch von ARD und ZDF noch nicht so gewünscht“. Als Konsequenz sei für sie klar, dass man verstärkt „Medien-Lobbying“ betreiben müsse, um genau wie in Parlament und Regierung auch die Entscheidungsträger in den Medien für Menschenrechtsthemen zu interessieren.

*Michael Rediske* stellte die Frage, ob es denn „die Sendeplätze von Günter Jauch und Thomas Gottschalk sein müssen“, oder ob nicht auch „die zweite Reihe“ schon ein Erfolg sein könnte. *Barbara Lochbihler* entgegnete, „in der zweiten Reihe sitzen wir schon“; kleinere Sender räumten auch jetzt bereits prominente Plätze im Programm ein, aber für eine wirkliche Massenwirkung müsse man die Programme besetzen, die eingeschaltet werden, wenn die Zuschauer sich am Samstagabend unterhalten wollen.

*Arnd Henze* erklärte, auch er selbst habe sich – nach Rücksprache mit Kollegen – gegen das Unterhaltungsprogramm ausgesprochen. Der Grund dafür sei aber nicht das für ein Unterhaltungsformat schwierige Thema gewesen; der WDR habe ja 1999 eine recht erfolgreiche „Nacht der Menschenrechte“ gemacht. Er selbst und andere – „und zwar lauter Kollegen, denen das Menschenrechtsthema wichtig ist – seien aber der Meinung gewesen, das von ai präsentierte Konzept sei „nicht kompatibel“ mit dem, was eine 90- oder 100-Minuten-Sendestrecke benötige.

*Marion Böker*, Bundesreferentin von k.o.k. in Potsdam, sieht im Thema Frauenhandel ein Beispiel für die Schwierigkeiten, eine „sinnliche“, einprägsame Darstellung mit der Vermittlung komplizierter Sachverhalte zu vereinbaren. Über Prostitution, auch Zwangsprostitution werde häufig berichtet, doch die dahinter stehenden Probleme wie Zwangsheirat, die

Situation von Kindern, die Mechanismen des organisierten Menschenschmuggels fänden wenig Beachtung. Dadurch werde „versimplifiziert und an der Sache vorbei informiert“.

*Rudolf Bindig* betont in diesem Zusammenhang die unterschiedliche Situation der verschiedenen Medien. Printmedien und Hörfunk hätten es naturgemäß leichter, auch Hintergrundinformationen „differenzierend und argumentierend“ zu vermitteln: „Ich sehe ein, dass das Fernsehen da besondere Probleme hat“.

*Klaus Werner* berichtet, sein „Schwarzbuch Markenfirmen“ sei innerhalb von zwei Wochen 20.000 Mal verkauft worden

und sieht darin einen Beleg dafür, „dass es überhaupt nicht schwierig ist, mit Menschenrechtsthemen eine breite Öffentlichkeit zu erlangen“. Es komme darauf an, zu zeigen, dass eben nicht nur die Regime in weit entfernten Staaten für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind: „Ich würde sogar behaupten, dass die Leser sich mehr dafür interessieren, dass der Bayer-Konzern den Krieg im Kongo mitfinanziert, als für die Bayer-Bilanz-Pressekonferenz.“

*Dr. Feeke Meents*, Referat Zentral- und Südamerika im Bundespresseamt, sah in den Unruhen im mexikanischen Chiapas einen Beleg dafür, dass die Medien wichtige Themen erst dann beachten, wenn spektakuläre Ereignisse eintreten. Die Situation der indigenen Völker, ihre systematische Unterdrückung nicht nur in Mexiko, sei davor praktisch nicht beachtet worden und komme auch danach in der Berichterstattung nicht mehr vor.

*Gesine Dornblüth*, freie Hörfunkjournalistin und Vorstandsmitglied des Journalistenverbands Berlin, sah in der Diskussion ein Missverständnis beim Umgang mit dem Begriff „sinnlich“. Dies habe „nichts mit Boulevardisierung zu tun“. Dies habe insbesondere Markus Engels ihrer Meinung nach

falsch interpretiert. „Sinnlich“ sei „kein Widerspruch zu ernsthaft und auch kein Widerspruch zu ethisch. Ohne sinnliche Sprache könnten wir gerade im Hörfunk gar nicht existieren, nur ein Zehntel oder noch weniger unserer Nachrichten würde überhaupt beim Hörer ankommen“.

*Gerhard Stapf* vom Presseamt der Stadt Nürnberg betreute den Menschenrechtspreis, der dort Anfang September an den mexikanischen Bischof Ruiz verliehen wurde. Er hat für die Veranstaltung 970 Journalisten angeschrieben, etwa 60 folgten der Einladung. In den Tagen danach erschienen knapp 50 Berichte in bundesdeutschen Medien, der Bayrische Rundfunk berichtet 116 Minuten lang live. Viele Prominente aus dem In- und Ausland nahmen teil, unter ihnen auch Bundesinnenminister Otto Schily. Und oben deshalb hätten vor der Veranstaltung fünf Journalisten von Agenturen und Fernsehanstalten angerufen, „die nur wissen wollten: Kommt Schily, kommt er nicht? Denen ging es nicht um den Menschenrechtspreis, sondern darum: Was sagt Schily zu New York?“

*„Sinnlich ist kein Widerspruch zu ernsthaft und auch kein Widerspruch zu ethisch. Ohne sinnliche Sprache würde nur ein Zehntel unserer Nachrichten überhaupt beim Hörer ankommen“.*

Gesine Dornblüth,  
freie Hörfunkjournalistin

*Die Leser interessieren sich mehr dafür, dass der Bayer-Konzern den Krieg im Kongo mitfinanziert, als für die Bayer-Bilanz-Pressekonferenz.*

Klaus Werner,  
Autor des Schwarzbuchs  
Markenfirmen

FRIEDRICH  
HEBERT  
STIFTUNG

Alles, was (Menschen-)Recht ist?

REPORTER  
OHNE GRENZEN



(v.l.)  
Henze, Bindig,  
Lochbihler, Zumach,  
Engels, Rediske



(v.l.)  
 Elisabeth Schumann-Braune  
 (FES), Dr. Michael Rediske (Reporter  
 ohne Grenzen),  
 Andreas Zumach  
 (taz), Arnd Henze  
 (WDR)

Markus Engels sah sehr wohl eine interessierte Öffentlichkeit in Sachen Menschenrechte und wehrt sich gegen die These: Das interessiert die Leute alle nicht. Wenn Leute wie Henry Kissinger von „Soft-Themen“ sprechen, dürften Journalisten diese Einschätzung nicht übernehmen und dann denken, sie bräuchten „mindestens den Schröder, um ein Thema hochzuziehen“. Man müsse „sich selber bewusst machen, dass man als Journalist Themen setzt, nicht nur die Politiker“. Dies sei die „alte Frage von Henne und Ei“, und hier hätten Journalisten eine große Verantwortung.

Andreas Zumach schließt sich dem ausdrücklich an. „Henne und Ei“ würden all zu oft, nicht nur in dieser Diskussion, miteinander verwechselt, „indem gesagt wird: Es gibt das dumme Volk, die Zuschauer, Zuhörer, Leser, denen wir keine längeren Sachen als 1.30 oder 80 Zeilen zumuten können“. Und „indem man das Angebot so verschlechtert, verzieht man sich über eine lange Zeitstrecke natürlich auch das Publikum“.

*Indem man dem „dummen“ Volk keine längeren Sachen als 1.30 oder 80 Zeilen zumutet, verzieht man sich über eine lange Zeitstrecke natürlich das Publikum“.*

Andreas Zumach

## 5. Was wird getan, was kann man tun ...

... für mehr und bessere Medienpräsenz von Menschenrechts-Themen?

*Die Diskussion ergab natürlich keine konkreten Pläne für die Verbesserung der Menschenrechtsberichterstattung. Doch es wurden Beispiele dafür genannt, wie die Zusammenarbeit zwischen Medien, Menschenrechtsorganisationen und Politik zum gegenseitigen Nutzen funktionieren kann; ebenso gab es Verbesserungsvorschläge und Kritik. Eine kurze Zusammenfassung:*

### Was wird getan ...

Wo profitieren Menschenrechtsorganisationen und Medien voneinander?

Sowohl Vertreter von Menschenrechtsorganisationen als auch Journalisten würdigten die wichtige Rolle der NRO als „Nachrichtenagenturen“ für Menschenrechts-Themen. Barbara Lochbihler betonte in diesem Zusammenhang auch, dass die betont sachliche Art, in der zum Beispiel amnesty international seine Anliegen präsentiert, viel zum positiven Image und zur Glaubwürdigkeit beiträgt. ai-Berichte werden als verlässliche Quelle genannt, Journalisten wenden sich auf der Suche nach fundierten Informationen an die Organisation.

Die enge Zusammenarbeit von Journalisten und Menschenrechtsorganisationen in vielen Ländern nannte Rudolf Bindig als ein wichtiges Instrument für die Politik. Die vielen Hintergrundberichte, oft sehr detailliert und unmittelbar recherchiert, die auf diese Art besonders in Printmedien, aber auch im Hörfunk erscheinen, sind für politische Mandats- und Entscheidungsträger seiner Einschätzung nach ebenso wichtig wie die Reporte von Behörden oder anderen Institutionen.

NROs als Nachrichtenagenturen für Menschenrechte

**Einzelschicksale  
beleuchten**

Wenn Medien in Reportagen über das Schicksal einzelner Menschen berichten, können sie dadurch viel zum Verständnis auch komplizierter Zusammenhänge beitragen und auf Missstände aufmerksam machen, die sonst kaum Beachtung fänden. Als Beispiele wurden Fernsehberichte über Kindersoldaten in Sierra Leone genannt, die auch nach dem Ende des Bürgerkriegs – und damit nach dem Abflauen des öffentlichen Interesses – Hilfe bei der Rückkehr in ein „normales“ Leben brauchen. Arnd Henze sah hier eine besondere Stärke des TV-Journalismus, der die Zuschauer in besonderem Maße emotional zu berühren vermag.

Wenn Medien konkrete Fälle aufgreifen, können sie für die Betroffenen oft auch ganz konkret etwas bewegen; Spendenaufrufe sind ein Beispiel, Patenschaften oder die auf öffentlichen Druck hin ausgelöste Intervention von Politikern.

Auch die damit verbundenen Gefahren wurden indes genannt: die Vereinfachung komplexer Themen und das zur Schau stellen von Menschen, also die Verletzung ihrer Menschenwürde durch unreflektierte, roißerische Berichterstattung.

Die Streitigkeiten innerhalb der Bundesregierung sowie im Bundestag um die Einschätzung der Lage zum Beispiel in China oder in Tschetschenien wurden als Beispiel dafür genannt, wie durch die Berichterstattung über tagesaktuelle Themen auch Hintergründe zu Menschenrechtsfragen von den Medien beleuchtet werden. Wenn etwa der Außenminister die Situation in einem Land anders einschätzt als die Opposition, lenkt dies naturgemäß das Interesse der Medien auf die Beleuchtung der tatsächlichen Verhältnisse dort.

Auch die Zusammenarbeit deutscher Wirtschaftsunternehmen mit Regierungen, die sich Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen, sind oft Anlass für detaillierte Recherchen.

So begrüßenswert dies im Einzelfall ist, so bedauerlich fanden es viele Diskussionsteilnehmer natürlich, dass oft erst die Verwicklung großer Namen aus Politik oder Wirtschaft das Interesse der Redaktionen weckt.

Es gibt durchaus Beispiele dafür, dass Menschenrechte nicht nur den politisch relativ aufmerksamen Teil des Publikums interessieren. Arnd Henze nannte die 1999 im deutschen Fernsehen ausgestrahlte „Nacht der Menschenrechte“ einen großen Erfolg.

Eine Abendveranstaltung, mit der amnesty international 2001 sein 40-jähriges Bestehen feierte, zeigte dagegen auch, wie groß hier die Meinungsverschiedenheiten sind: Barbara Lochbihler berichtete, dass auch Medien-Experten den Abend sehr gelungen und für ein breites Publikum auch zur besten Sendezeit attraktiv fanden. Bei den Verantwortlichen von ARD und ZDF sah man dies offenbar anders, eine Zusammenarbeit für eine Fernsehsendung kam nicht zustande.

„Überhaupt keine Probleme“ sah Barbara Lochbihler dagegen, wenn es darum geht, mit Sendungen zu Menschenrechtsthemen auf den nicht ganz so populären TV-Sendeplätzen unterzukommen. Podiumsdiskussionen, Reportagen, Magazinbeiträge und andere Formate sind auch von anderen Diskussionsteilnehmern als sowohl quantitativ wie qualitativ erfreulich gut vertreten genannt worden, ebenso wie die Hintergrund-Berichterstattung in den Printmedien.

Rudolf Bindig berichtete, dass er sehr häufig zur Kommentierung oder Einschätzung von Menschenrechtsthemen gebeten wird, vor allem in Radio-Interviews. Nicht nur er schätzte das Interesse der Medien an solchen Fragen als hoch ein, auch wenn entsprechende Beiträge meist kein all zu großes Publikum erreichen.

Die enge Zusammenarbeit mit freien Journalisten ist ein guter Weg, auf dem auch kleinere Organisationen ihre Anliegen in den Medien platzieren können – und zwar auch und

**Das Thema für  
ein „großes“  
Publikum  
aufbereiten**

**Viele und aus-  
führliche  
Hintergrund-  
informationen**

**Freie Journali-  
sten transportieren Inhalte**

**Verbindungen  
zum politischen  
Alltag in Deutsch-  
land schaffen**

gerade dann, wenn es um kompliziertere Sachverhalte oder um Themen geht, die nicht durch aktuelle Ereignisse in den Brennpunkt gerückt wurden. Nicht nur in den Printmedien, sondern auch bei TV- und Radiosendern sind es freie Mitarbeiter, die einen Großteil der Inhalte liefern. Sie können aufgrund ihrer anderen Arbeitsweise oft engere Kontakte zu den NRO halten als die Redakteure.

### Was kann man tun ...

Welche oft begangenen Fehler lassen sich vermeiden, wo kann die alltägliche Arbeit besser werden?

Nachrichten  
besser  
platzieren

Weil wichtige und weniger wichtige Ereignisse in ihrem Nachrichtenwert von den NRO oft nicht richtig eingeschätzt werden, gehen sie gemeinsam in einer „Flut von Pressemitteilungen“ (Markus Engels) unter. Auch Menschenrechtsorganisationen müssen sich Gedanken über die Grundzüge von Public Relations und Pressearbeit machen.

Ein Problem dabei ist natürlich vor allem für kleinere Gruppen die Tatsache, dass sie hierfür kaum geschulte Mitarbeiter haben, erst recht nicht über längere Zeiträume. amnesty international mit seiner weltweiten Organisation und einer professionellen Pressestelle ist da in einer vergleichsweise privilegierten Situation, doch Barbara Lochbihler machte dennoch Defizite aus. Vor allem die Zusammenarbeit mit dem Fernsehen sei verbesserungswürdig. Allerdings sei es eben auch schwierig, die von ai verbreiteten Informationen mit dem für TV-Journalisten so wichtigen aktuellen Bildmaterial zu unterlegen.

Viele Diskussionsteilnehmer berichteten von unerfreulichen Erfahrungen, deren Grund letztlich darin bestand, dass man zu wenig über die Arbeitsweise, die Möglichkeiten und

Grenzen des jeweils anderen weiß. Journalisten bedenken offenbar nicht immer, dass auch bekannte und renommierte Organisationen nicht die Geld- und Personalressourcen verfügbar haben wie die Pressestellen von Behörden oder Unternehmen, mit denen sie es ansonsten meist zu tun haben. amnesty international verzeichnet weit weniger Reaktionen auf Pressemitteilungen, die direkt vom Internationalen Sekretariat und somit in englischer Sprache übernommen werden. Offenbar halten es viele Journalisten für selbstverständlich, dass ihnen immer eine deutsche Übersetzung geliefert wird.

Den Menschenrechts-Aktivisten fehlt es dagegen bisweilen an Verständnis dafür, dass „Journalisten auch für wichtige Themen vielleicht mal nur eine halbe Stunde Zeit haben“ und auch bei gutem Willen nicht alle Anliegen der NRO so transportieren können, wie diese es sich wünschen. Einer der anwesenden Journalisten nannte als ein für ihn frustrierendes Beispiel eine in Radio und Printmedien sehr erfolgreich untergebrachte Reportageserie über die Arbeit einer NRO, die anschließend trotzdem heftige Kritik geübt habe, weil in einer Zeitung ihr Spendenkonto nicht erwähnt wurde.

Barbara Lochbihler meinte dagegen außerdem, dass sehr häufig Medien tagesaktuelle Ereignisse aus Sicht von amnesty international bewertet und möglichst auch gleich kommentiert haben wollen. Dies sei aber bei demokratisch aufgebauten Mitglieder-Organisationen nicht innerhalb weniger Stunden zu leisten.

Obwohl es viel Lob für die oft sehr informativen Hintergrundberichte zu Menschenrechtsthemen gab, wurde trotzdem mehrfach kritisiert, dass „systematische Menschenrechtsberichterstattung nicht stattfindet“. Die Anti-Rassismus-Konferenz der UN in Durban zum Beispiel sei praktisch nur unter dem Gesichtspunkt des eskalierenden Nahost-Konflikts betrachtet worden; die Tatsache, dass hier Tausende von Delegierten gemeinsame Positionen erarbeitet haben, wurde nach

Die Hintergründe beachten



Die Grenzen  
des jeweils  
anderen kennen

Meinung vieler NRO-Vertreter nicht genügend gewürdigt. Auch andere für das Thema Menschenrechte eminent wichtige Themen, etwa die Herausgabe der „Concludig Observations“ durch die UNO, fänden kaum Beachtung.

Rudolf Bindig vermisste, wie andere Teilnehmer auch, bei Journalisten oft die nötige Sachkenntnis und das Interesse an Hintergründen sowie langfristigen Entwicklungen. Auch NRO-Vertreter berichteten, dass sie relativ wenig Anfragen nach Hintergrund-Informationen erhalten und dass sich das Interesse außerdem unverhältnismäßig stark auf besonders eklatante Menschenrechtsverletzungen – Mord, Folter, Entführungen – konzentriert. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte sind dagegen nur relativ selten Thema der Berichterstattung.

Mehr Aufmerksamkeit wünschen sich die NRO außerdem auch für „Menschenrechtsarbeit an sich“, also die Struktur und Arbeitsweise ihrer Organisationen sowie die konkrete Arbeit – in Deutschland, insbesondere aber auch „vor Ort“, in Ländern, deren Regierungen die Menschenrechte missachten.

Die Situation der Menschenrechte ist immer das Ergebnis politischer Entwicklungen. Deshalb, so lautete eine Forderung, müssten in den Redaktionen praktisch alle politischen Themen auf ihre Bedeutung für die Menschenrechte geprüft und umgekehrt jede Nachricht über Menschenrechtsverletzungen in einem politischen Rahmen eingeordnet werden. Statt dessen sei das Thema in den Augen vieler Journalisten immer noch ein „weicher“ Faktor und erst nachrangig von Interesse.

Als eine mögliche Strategie gegen diese verschobene Wahrnehmung gab es die Anregung zu einer „Menschenrechte-Pressekonferenz“, bei der – ähnlich vergleichbarer Veranstaltungen etwa zur Arbeitsmarktsituation, zur Wirtschafts- und Finanzpolitik – Fragen zum Thema an „politische Schwergewichte“ gestellt werden, um damit die nötige Aufmerksamkeit zu sichern.

Arnd Henze warnte davor, dass Menschenrechte ein Thema für „Spezialisten“ innerhalb der Redaktionen werden, weil dies dazu führe, dass deren Kollegen sich nicht mehr damit befassen. Gleichzeitig stieß er auf Widerspruch mit seiner Forderung, die Menschenrechtsorganisationen müssten ihre oftmals eher „trockenen“ Informationen möglichst mediengerecht aufarbeiten. Dies, so hieß es, sei ja gerade Aufgabe der Journalisten. Die Bewertung und Vermittlung von Menschenrechtsthemen, darüber bestand Einigkeit, sollte Bestandteil ihrer Ausbildung sein.

Die Frage, wie sie ihre Anliegen „in Bilder umsetzen“ können, ist für die Öffentlichkeitsarbeit von Menschenrechtsorganisationen schwer zu lösen – aber eben auch von großer Bedeutung.

Die Diskussion drehte sich über weite Strecken um die von Arnd Henze geäußerte Kritik, amnesty international habe „das Unsinnliche im Grunde kultiviert und zum Programm gemacht“. Viele Teilnehmer widersprachen der Forderung, nicht einfach nur Fakten – so wichtig diese auch sein mögen – zu präsentieren und auf deren Überzeugungskraft zu setzen, sondern mehr Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, wie Menschenrechtsthemen „sinnlich“ vermittelt werden können. Das eigentliche Anliegen sei schließlich wichtig genug und die Zusammenhänge zu kompliziert, um sie durch symbolhafte Bilder oder Schlagworte adäquat darzustellen.

Doch die „trockene Sprache“ etwa von Pressemitteilungen nannte auch Barbara Lochbihler als ein Problem, und Barbara Petersen (Reporter ohne Grenzen) erinnerte daran, dass Menschenrechtsverletzungen selbst schließlich „sinnlich erfahren“ werden und nannte es deshalb durchaus angemessen, wenn man bei Kampagnen, Veranstaltungen und auch in der Pressearbeit die Emotionen des Publikums anspreche.

Menschenrechte gehören zur Ausbildung von Journalisten

Das Thema Menschenrechte muss „sinnlich“ erfahrbar sein

Menschenrechte politisch begreifen

Zusammen  
arbeiten, Dis-  
tanz bewahren

„Medien-Lobbying“, also das aktive Herantreten an die für die Programmgestaltung Verantwortlichen nannte Barbara Lochbihler als eine wichtige Aufgabe. Absprachen zwischen Menschenrechtsorganisation und Journalisten darüber, wie Themen öffentlich am besten präsentiert werden können, sind von beiderseitigem Interesse. Aber, so Gesine Dornblüth, bei aller Sympathie dürften Journalisten nicht die für ihre Arbeit unabdingbare Distanz aufgeben, und dies müssten auch die NRO stets respektieren.

### *Anmerkungen*

#### *Verwendete Abkürzungen*

**NRO:** Nicht-Regierungsorganisation

Auf weitere Abkürzungen wurde im Text verzichtet, soweit sie nicht allgemein bekannt sein dürften (wie z.B. WDR, UNO, etc.)

#### *Schreibweisen*

Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird in aller Regel von „Politikern“, „Journalisten“, etc. gesprochen und auf die exaktere Formulierung „Politikerinnen und Politiker“ bzw. die Schreibweise „PolitikerInnen“ verzichtet.

## Die Teilnehmer

### **Rudolf Bindig, MdB**

war bis zu seiner Wahl in den Deutschen Bundestag 1976 u.a. als wissenschaftlicher Angestellter in der Sozialforschung tätig. Seit 1983 ist der Diplomkaufmann Sprecher für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der SPD-Fraktion und in der aktuellen Wahlperiode Mitglied des Menschenrechtsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Außerdem vertritt er die Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und war in dieser Funktion mehrfach in Tschetschenien.

### **Dr. Markus Engels**

studierte Politik- und Rechtswissenschaften in Duisburg, Portsmouth und Berlin und promovierte im Bereich Völkerrecht in München. Er arbeitete u.a. als freier Kommunikations- und Medientrainer sowie als Lehrbeauftragter (FU Berlin). Im Jahr 2000 war er für den Deutschen Bundestag tätig und federführend für die Europäische Grundrechte-Charta zuständig. Er ist nun Referent für Europäische Institutionen und Grundsatzfragen beim SPD-Parteivorstand.

### **Arnd Henze**

ist seit Mai 1992 Reporter sowie außenpolitischer Fernsehredakteur beim WDR und zuständig für die redaktionelle Betreuung der ARD-Studios Washington, New York, Moskau und Brüssel. Als USA-Sonder-Korrespondent berichtet er immer wieder u.a. für die Sendungen „Tagesthemen“ und „Brennpunkt“. Er leitet außerdem seit mehr als sechs Jahren das „Dellbrücker Forum“, das sich in dieser Zeit weit über Köln hinaus als ein Ort etabliert hat, an dem kontroverse außen-, innen- und gesellschaftspolitische Themen in einer lebendigen Streitkultur diskutiert werden.

### **Barbara Lochbihler**

ist seit 1999 Generalsekretärin der deutschen Sektion von amnesty international. Nach dem Studium der Sozialpädagogik und anschließend der Politischen Wissenschaft/ Internationales Recht in München arbeitete sie u.a. als persönliche Parlamentsreferentin von Prof. Eleonore Romberg, MdL, in Bayern, parteilos für die Fraktion der Grünen (ohne selbst der Partei anzugehören). Von 1992 bis 1999 war sie Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Genf.

### **Dr. Michael Rediske**

ist seit Juli 2001 stellvertretender Chefredakteur des Deutschen Dienstes der Nachrichtenagentur AFP und seit 1997 Mitglied des Deutschen Presserats. Seit der Gründung von Reporter ohne Grenzen in Deutschland 1994 ist er Sprecher der deutschen Sektion. Der diplomierte Verwaltungswissenschaftler begann seine journalistische Laufbahn. Anfang der Achtzigerjahre in Mittelamerika, arbeitete dann freiberuflich zu entwicklungspolitischen Themen und Lateinamerika. Von 1987 bis '99 war er „taz“-Redakteur, die letzten drei Jahre Chefredakteur.

### **Andreas Zumach**

ist freier Journalist am UNO-Sitz Genf und arbeitet als Korrespondent für die „taz“ sowie für weitere Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten in Deutschland, der Schweiz und Österreich. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu internationaler Politik, Menschenrechtsthemen und verwandten Bereichen, u.a. „Die Vereinten Nationen – Reform oder Kollaps“, rororo, 1995.

Das Forum Menschenrechte ist ein Netzwerk von mehr als 40 deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO), die sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz einsetzen – weltweit, in bestimmten Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland. Das Forum wurde 1994 im Anschluss an die Wiener Weltmenschrechtskonferenz gegründet. Die gemeinsame Arbeit dient vor allem folgenden Zielen:

- die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags auf nationaler und internationaler Ebene kritisch zu begleiten,
- gemeinsame Vorhaben zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes weltweit durchzuführen,
- Bewusstsein zu Fragen der Menschenrechte in der deutschen Öffentlichkeit zu bilden und dabei auch auf mögliche Menschenrechtsverletzungen in Deutschland hinzuweisen und auf ihre Lösung hinzuwirken,
- Informationen unter den Mitgliedsorganisationen zu menschenrechtsrelevanten Themen auszutauschen,
- lokale, regionale und nationale NRO bei den internationalen Aspekten ihrer Arbeit zu unterstützen und die internationale Vernetzung von NRO zu fördern.

Innerhalb des Forums sind verschiedene Arbeitsgruppen dafür verantwortlich, gemeinsame Stellungnahmen und Materialien zu erarbeiten, Aktionen, öffentliche Veranstaltungen und Expertengespräche vorzubereiten. Das Forum Menschenrechte arbeitet eng mit NRO auf europäischer und internationaler Ebene zusammen. Koordiniert wird die Arbeit des FMR durch einen Koordinierungskreis, der von den Mitgliedern des Forums gewählt wird und der die Bandbreite der Mitgliedsorganisationen repräsentiert. Das Sekretariat des Forums arbeitet in Berlin im Haus der Demokratie und Menschenrechte. Das Forum finanziert sich durch die Beiträge seiner Mitgliedsorganisationen.

